

weist —wen interessiert das! — sondern die „Macht“ des Pneuma, die Kraft des Auferstandenen, der seinem treuen Knecht hilft, vollkommener zu sein als ein treuer Techniker. Beten wir um diese Beweise des Geistes und der Kraft, die einen großherzigen, freien und gesunden Einsatz des ganzen Menschen überformen und vom „technischen Geist“ erlösen. Erbitten wir die wirksame, die überwältigende Gnade, die die Herzen stärker ergreift als der Zauber der Technik.

5. Das Beste vermögen vielleicht die Männer der Technik selber, die stark im Glauben und tüchtig im Konstruieren sind. Sollte man sie nicht dazu bringen, ihr Licht noch mehr auf den Scheffel zu stellen, als es der 2. Internationale Kongreß katholischer Ingenieure 1954 getan hat (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 550), so daß sie von ihrem Schaffen und Glauben Rede und Antwort geben? Sollten sie nicht vor allem an der Seite der Hirten stehen, die von ihnen Rat und Hilfe erbitten, wie man der Gefährdung der Jugend durch den „technischen Geist“ am besten entgegenwirkt und im Reiche der Technik die Wunder Gottes überzeugend aufdeckt? Das ist ein ganz konkretes und wohl in dieser Sache das wichtigste Anliegen des Betens und der Hirtensorge.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Ein Brief des Heiligen Vaters an den deutschen Episkopat

Am 11. Oktober hat Papst Pius XII. einen Brief an den deutschen Episkopat gerichtet, in dem er erneut auf einige wichtige Aufgaben der Kirche in Deutschland hinweist (vgl. auch Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 394). Der Heilige Vater spricht seine Freude über die vollzogene Weihe der deutschen Katholiken an das Unbefleckte Herz Mariens aus und rühmt das Vorbild der großen Heiligen des vergangenen Jahres, des hl. Bonifatius und des hl. Papstes Pius X.

Nach deren Beispiel sollen die Bischöfe das Apostolat ausüben und „dabei niemals den Blick von diesem Burgfelsen des katholischen Namens wenden, auf dem die unverbrüchliche Einheit des Reiches Christi beruht und von dem die reine Wahrheit heiliger Lehre strömt, jene Wahrheit, die von allen denen, die Christi treue Anhänger sein wollen, unerschütterlichen Geistes festgehalten werden muß, damit sie nicht vom Winde trügerischer Irrtümer hin und her getrieben werden und so elend vom rechten Wege abkommen und für sich selbst und andere Ursache zu Schaden und Zusammenbruch werden“.

„Das Bewußtsein von dieser Aufgabe ist in der heutigen Zeit besonders lebendig zu halten, da erbitterte Gotteshasser alles Christliche offen oder versteckt angreifen. Sie möchten es am liebsten völlig vernichten und so die winterkalte Pinsternis der materialistischen Irrtümer und Laster heraufführen.“

„In diesem Kampfe darf man niemals zurückweichen. Vielmehr müssen durch gediegene Überlegungen und Einträchtigkeit der Bestrebungen neue Kräfte gewonnen werden, da das Heil aller in Gefahr ist und die feindlichen Anstrengungen niemals nachlassen.“

Der Papst fordert weiterhin die Bischöfe auf, sich darum zu bemühen, „daß allen Hindernissen zum Trotz die Gnade des Evangeliums in noch reicherm Maße der öffentlichen wie der privaten Sittlichkeit solche Heilkraft

gewähre, wie sie wirksamer nirgendwo anders gefunden wird. In der Tat erblüht dann selbst das staatliche Leben zu einem Glück, das diesen Namen verdient, wenn aufrichtige Verehrung des wahren Gottes seinen Einrichtungen und Gesetzen Voraussetzung ist.“

Elternrecht und Konkordat

„Leider wird, wie Wir erfahren haben, in einigen Gegenden Deutschlands das den katholischen Eltern von Natur gegebene Recht, ihre Kinder katholisch zu erziehen, verletzt und mit Füßen getreten.“ „Mit Euch, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, bedauern Wir und beklagen Wir von Herzen die augenblicklichen Verhältnisse. Besonders schmerzlich empfinden Wir es, daß trotz bestehender feierlicher Verträge, die anerkanntermaßen in ihrer ursprünglichen Rechtskraft noch bestehen und in denen garantiert ist, daß in den Schulen Deutschlands dieses Recht gewahrt werde, es dennoch mit frevler Kühnheit mißachtet wird.“ Der Hl. Vater ermahnt die Bischöfe, in der Verteidigung dessen nicht nachzulassen, „was einen Schatz ungeheurer Werte für Gegenwart und Zukunft in sich greift“.

Um die Heiligung von Ehe und Familie

Desgleichen ruft der Papst zur Verteidigung der Heiligkeit von Ehe und Familie gegen zügellose Sitten auf. „Diese Sittenlosigkeit wird ja durch eine unmäßige Freiheit in Druckerzeugnissen, in Kino, Radio und Fernsehen in verderblicher und beklagenswerter Weise gefördert. Alle, die es angeht, müssen darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine derartige Zügellosigkeit nicht weniger der Ehre als der Wohlfahrt des so edlen Volkes der Deutschen Abbruch tut und daher in die Schranken zu weisen ist durch Weckung eines gesunden sittlichen Bewußtseins und eine geeignete Gesetzgebung, die Schutz gewähren kann.“

Sorge um Heimatvertriebene und Diaspora

In allem solle immer der Glaube der Katholiken gesichert sein; er solle immer stärker und kräftiger werden. Daher müsse „mit noch größerem Eifer“ dahin gewirkt werden, „daß die Heimatvertriebenen vor allem in den Diasporagebieten weder den Gottesdienst noch die Seelsorge entbehren müssen. Mit Freuden haben Wir vernommen, daß Ihr bei Eurer Bischofskonferenz an die dortigen katholischen Gemeinden ernste und dringende Mahnungen gerichtet habt, dafür Sorge zu tragen, daß in jenen Gemeinden Gotteshäuser errichtet werden. Uns ist auch sehr wohl bekannt, was in dieser Sache alles schon von Euch und wirklich lobenswerten Priestern in vielfacher und verschiedenartiger Weise unternommen worden ist. Darunter ist besonders rühmlich zu erwähnen die ‚Kapellenwagenmission‘, die den Schäflein der Herde Christi auch in entfernten und abgelegenen Gegenden Hoffnung, Trost und Hilfe bringt.“

Obgleich schon sehr vieles und Hervorragendes geleistet worden sei, so fährt der Hl. Vater fort, bleibt, „gemessen an der fast unermesslichen Fülle der Bedürfnisse“, noch manches zu tun übrig. „Es muß ja noch so vielen Millionen Menschen geholfen werden, die unter Zurücklassung von Haus und Hof überallhin vertrieben und unter Euch zerstreut wurden. Wie sehr möchten Wir, daß auch nicht ein Kind der Kirche, das ein entfesselter Sturm unter Klagen und Weinen aus seinem Heim vertrieben hat, der verdienten eifrigen Fürsorge entbehre und ohne Trost der Reli-

gion bleibe!“ Es unterliege keinem Zweifel, daß in einer solchen Lage der Glaube nachlasse, ja sogar ganz schwinden könne.

„Darum mögen mit geradezu missionarischem Eifer sowohl Priester aus den Diözesen, wo die Zahl der Diener des Heiligtums das Bedürfnis übersteigt, als auch Ordensgeistliche sich dorthin begeben, damit dort eine ständige und dauernde seelsorgliche Betreuung eingerichtet werden kann.“

Zum Schluß mahnt der Heilige Vater, darauf hinzuwirken, daß die Zahl der Priester und Ordenskandidaten größer werde und diese jungen Leute „mit gediegener Sorgfalt zu einer umfassenden Frömmigkeit“ erzogen werden.

Selbstmordstatistik für die Bundesrepublik Deutschland In der ersten polizeilichen Kriminalstatistik nach dem Kriege, die das Bundeskriminalamt in Wiesbaden für das Jahr 1953 veröffentlichte, erscheint im Anhang auch eine Statistik über die Selbstmorde und Selbstmordversuche im gleichen Jahre, die in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich ist. Die Statistik enthält keine Vergleichszahlen früherer Jahre.

Aus ihr ist zu entnehmen, daß im Jahre 1953 in der Bundesrepublik Deutschland sich insgesamt 9590 Menschen das Leben nahmen. Die Bundesrepublik liegt hier hinter der Schweiz, Österreich, Dänemark, den USA an fünfter Stelle. Selbstmord versuchten weitere 8020, d. h., sie begingen einen selbstmörderischen Akt, dessen Wirksamkeit jedoch verhindert wurde oder durch irgendeine Unzulänglichkeit der Mittel und Wege unvollendet blieb. Der Begriff „Selbstmordversuch“ ist keineswegs eindeutig, denn es gibt schließlich scheinbare Selbstmorde, deren Vollendung gar nicht beabsichtigt ist, andererseits aber ernstgemeinte, die nur infolge irgendeines durchaus nicht erwünschten oder vorhergesehenen Umstandes mißlingen. Alle diese erscheinen zusammen unter dem Sammelbegriff „Selbstmordversuch“.

Die Zahlen

Betrachtet man die vollendeten Fälle, so fällt zunächst auf, daß fast doppelt soviel Männer Selbstmord begingen als Frauen (6247 Männer, 3343 Frauen), in Prozenten ausgedrückt: 65% zu 35%. Ein zweites Merkmal ist, daß die höchste Ziffer im Juni, also im Frühling, erreicht wurde (mit 883 Fällen), der auch, wie die Statistik aufweist, die von Männern bevorzugte Zeit zur Tat ist; im Juni nahmen sich mehr Männer das Leben als in irgendeinem anderen Monat des Jahres, bei den Frauen dagegen war es der Oktober, also der schönste Herbstmonat. Die Wintermonate Dezember bis einschließlich Februar dagegen zeigen für beide die niedrigsten Zahlen, und der Monat November zeichnet sich merkwürdigerweise durch die zweitniedrigste Zahl des ganzen Jahres aus. Vielleicht „neutralisiert“ gleichsam der betrübende November menschliche Beklemmungen und Nöte und läßt die Deprimierten auf bessere Zeiten hoffen.

Die Mittel

Über die Hälfte aller Selbstmörder erhängte oder erdrosselte sich, nämlich 54%, eine Zahl, die bei weitem höher ist als die aller anderen angewandten Methoden zusammen. Mit 12% steht der Schlafmittelselbstmord an zweiter Stelle. Die Selbstmörderinnen, die sich zum größte-

ren Teil ebenfalls für Erhängen oder Erdrosseln entschieden (31%), bedienen sich im allgemeinen „milderer“ Mittel: 44% der Frauen vergifteten sich durch Leuchtgas oder Gifte. Fast 14% der Frauen (gegenüber 8,4% der Männer) suchten und fanden den Tod im Wasser. Im allgemeinen bedienen sich also die Männer „radikalerer“ Mittel. Daß nur sehr selten Schußwaffen benützt wurden, ist darauf zurückzuführen, daß in der Bundesrepublik heute noch verhältnismäßig wenige Menschen solche besitzen.

Die Motive

Besonders aufschlußreich sind die Motive und das Alter, und zwar sowohl hinsichtlich der vollendeten, als auch der versuchten, also gestörten Selbstmorde. Als schwerwiegendstes Motiv (mit weitem Abstand vor allen anderen) — und zwar bei Männern wie bei Frauen — sind festzustellen:

unheilbare Krankheit, Schwermut, Nervenleiden. Für fast 60% der Männer und nicht weniger als 75% aller Frauen sind es diese Gründe, die sie aus dem Leben treiben. Es zeigt sich, daß der Liebeskummer, ein Motiv, das in der Literatur und im Film besonders gepflegt wird, so gut wie überhaupt keine Rolle spielt. Dieser bringt, wie die Zahlen zeigen, Frauen eher zur Verzweiflung (5%) als Männer (3,4%). Die Zahlen machen deutlich, daß dieser Beweggrund in keinem Verhältnis zu den körperlichen und seelischen Leiden steht.

In der Umgebung der Verhältniszahlen des Liebeskummers bewegen sich auch die der übrigen Motive, also etwa Furcht vor Strafe und Schande mit 7,2% bei Männern und 2,2% bei Frauen; ferner Familienzwickigkeiten (Männer 10, Frauen 8), sonstige, nicht näher bezeichnete Motive (Männer 4,2, Frauen 3) und nicht erkennbare (Männer 5, Frauen 3).

Bemerkenswert ist auch, daß wirtschaftliche Gründe für Frauen fast ohne Bedeutung sind (mit nicht einmal 4% aller Selbstmorde und dazu 6,2% aller versuchten), bei den Männern immerhin 11,2% ausmachen, damit aber auch nur eines unter vielen anderen Motiven sind.

Merkwürdige Unterschiede

Einige Beobachtungen, die man als typisch bezeichnen darf, lassen sich hinsichtlich der Motive und der Mittel bei Selbstmordversuchen machen (insgesamt 4405 Frauen, das sind 55%, und 3615 Männer, gleich 45%). Bei verhinderter Vollendung vergifteten sich auch Männer (Leuchtgas 19%, andere Arten der Vergiftung 36%; Frauen insgesamt 75%), auch mit dem Messer verletzten sich viele (20%), aber nicht tödlich (Frauen 11%), aber nur 13,5% derer, die gerettet wurden, versuchten sich zu erdrosseln.

Während ferner nur 5% aller Selbstmörderinnen aus Liebeskummer aus dem Leben schieden, unternahmen die Tat aus dem gleichen Motiv 16,3% der Geretteten. Ähnlich bei den Männern: nur 3,4% starben, aber weitere 11,5% der unter den „Versuchen“ Verzeichneten wurden gerettet.

Ein anderes Mißverhältnis von Vollendung der Tat und Versuch zeigt sich bei Familienzwickigkeiten: vollendete Tat bei Frauen 8%, bei Männern 10%, selbstmordähnliche Handlungen haben aber außer diesen noch 29% aller geretteten Frauen und 27% der gleichfalls geretteten Männer begangen. In beiden Fällen kommen die Ziffern diesmal dicht an die Verhältniszahlen der infolge von

Krankheiten versuchten Selbstmorde heran: Frauen 33 und Männer 32%.

Die Zahl der Männer, die es versuchen, sich das Leben zu nehmen, ist in der zweiten Hälfte des Jahres viel höher als in der ersten (im Gegensatz zu den vollendeten Selbstmorden), während die Ziffern der Frauen von Januar bis Juli stetig ansteigen, im Juli den Höhepunkt erreichen und dann in der zweiten Hälfte des Jahres viel höher als weiter abnehmen; jedoch immer höher sind als die der Männer. Die meisten nicht vollendeten Selbstmorde wurden von den Männern im Weihnachtsmonat Dezember unternommen.

Obwohl man bei der Untersuchung dieses schwersten aller menschlichen Probleme nicht vorsichtig genug vorgehen kann, ist angesichts solcher Zahlen vielleicht doch der Schluß erlaubt, daß diese in einem eigenartigen Mißverhältnis stehenden Zahlen nicht selten gewissen Absichten zuschreiben sind, die nicht auf den eigenen Tod, sondern auf eine Beeinflussung der Umgebung gerichtet sind. Es dürfte sich in einzelnen Fällen darum handeln, die Erfüllung eines Wunsches, d. h. eine Wirkung durch die Tat zu erzielen. Vielleicht möchte man den oder die andern umstimmen oder auch „bestrafen“, indem man ihnen Schrecken einjagt. Es ist nun interessant, daß diese Absicht bei beiden Geschlechtern anzutreffen ist. Man sollte freilich nicht vergessen, daß unter den Geretteten ohne Zweifel viele sind, die ganz und gar nicht gerettet werden wollten; die nur in den Mitteln und Wegen nicht konsequent genug waren. Denn man darf wohl unterstellen, daß in den allermeisten Fällen auch der Entschluß, nur Schrecken einzujagen (der bei jüngeren Menschen eine besondere Rolle spielen mag), immer irgendeiner Verzweiflung entspringt. Auf jeden Fall ist anzunehmen, daß solche Menschen, die so entsetzliche Mittel wählen, wie sich zu ertränken, sich überfahren zu lassen oder sich aus großer Höhe herabzustürzen, nicht erwarten oder erhoffen können, mit dem Leben davonzukommen. Alle diese nun, die infolge des Dazwischentretens irgendwelcher Umstände gerettet wurden, werden unter der Rubrik „Selbstmordversuche“ aufgeführt.

Altersfragen

Bezüglich des Alters ist zunächst auffällig, daß die Verhältniszahlen bei Männern und Frauen fast dieselben sind, und zwar hinsichtlich sowohl des vollendeten als auch des verhinderten Selbstmordes.

Ferner wird deutlich, in welchem Alter Menschen, die die Tat vollziehen, lebensüberdrüssig sind: nicht in jüngeren Jahren, wie man vielleicht vermuten könnte, sondern im Gegenteil: gerade Männer in den sogenannten besten Jahren setzen ihrem Leben ein Ende. 36% und damit die höchste Zahl aller Selbstmörder sind zwischen 45 und 60 Jahren alt. Genau so hoch ist die Zahl bei den Frauen gleichen Alters. 28% der lebensmüden Männer und 26% der Frauen sind über 60 Jahre alt, während die Zahlen für die 30- bis 45-jährigen 19% (Männer) und 23% (Frauen) betragen.

Dagegen ist festzustellen, daß die Altersstufen zwischen 18 und 30 Jahren die höchsten Prozentzahlen an Selbstmordversuchen aufweisen (gegenüber nur 12% der Selbstmörderinnen und 13% der Männer in den gleichen Jahrgängen), nämlich 40% bei Frauen und 37% bei Männern. Auch von Menschen zwischen 30 und 45 Jahren wird die Tat viel häufiger unternommen als vollendet (32% Frauen, 30% Männer). Die reifen Menschen hin-

gegen „versuchen“ den Selbstmord weitaus seltener (von 45 bis über 60 im Ganzen 25% der Frauen und 30% der Männer).

Lehren aus der Statistik

Betrachtet man abschließend diese Erscheinungen, so lassen sich einige Merkmale erkennen:

1. Im Jahre 1953 haben sich in der Bundesrepublik Deutschland fast doppelt soviel Männer wie Frauen das Leben genommen.
2. Es werden mehr Frauen an der Vollendung des Selbstmordes verhindert als Männer. Ebenso „versuchen“ es eher jüngere Menschen als ältere; die Älteren pflegen die Tat zu vollenden.
3. Frauen wählen im allgemeinen „schmerzlosere“ Mittel.
4. Den überwältigenden Anteil an den Motiven haben Krankheiten. Wirtschaftliche Sorgen und gefühlsmäßig bedingte Situationen haben nur geringe Bedeutung.
5. Die meisten Selbstmörder, Frauen wie Männer, waren Menschen in den „besten“ Jahren oder älter (86% der Frauen und 84% der Männer).

Gebet für Autofahrer Aus Anlaß der amerikanischen Verkehrssicherheitswoche in Europa wurde in Hessen und Nordbayern ein Gebet für die Autofahrer an die Kraftfahrzeugparks und Sicherheitsoffiziere der US-Armee verteilt. Es hat folgenden Wortlaut:

„Gib mir eine feste Hand und ein wachsames Auge, damit kein Mensch verletzt wird, wenn ich vorbeifahre. Du gabst mir das Leben; kein Eingriff von mir soll Deine Gabe nehmen oder schädigen. Beschütze alle, lieber Gott, die mit mir sind, vor dem Schrecken des Feuers und des Unfalls. Zeige mir, wie ich den Wagen steuern soll, um andere zu schützen, und laß mich nicht durch Raserei die Schönheit Deiner Welt vergessen, damit ich freudig und anständig meinen Weg weiterfahren kann.“

Aus Süd- und Westeuropa

Zusammenarbeit statt Klassenkampf Mitte November fand in Rom die 127. Sitzung des Verwaltungsrats der Internationalen Organisation der Arbeit statt. Der Hl. Vater empfing die Teilnehmer an dieser Tagung am 20. November und hat an sie eine Ansprache gerichtet, in der er zunächst einen Rückblick über die internationale Entwicklung der Arbeitsgesetzgebung und den Beitrag der Kirche zu den sozialen Problemen der Gegenwart gab, wie sie in der katholischen Soziallehre, zumal in den Enzyklischen *Rerum novarum* und *Quadragesimo anno* enthalten ist. Er fuhr dann fort: „Um den Umfang der geleisteten Arbeit zu würdigen, braucht man nur den heutigen Stand der Arbeitsgesetzgebung mit dem zur Zeit des ersten Weltkrieges zu vergleichen. Schon im letzten Jahrhundert ahnte man die Notwendigkeit eines Zentrums zur Koordination der Bemühungen der Arbeiterschaft im Ringen gegen die unmenschlichen Zustände, unter denen die Arbeiter litten. Man war sich dabei wohl bewußt, daß die sozialen Abwehr- und Schutzmaßnahmen dem Land, das sich für ihre Anwendung entschied, wirtschaftliche Lasten auferlegen und es dadurch benachteiligen würden. . . Die internationale Organisation der Arbeit hat die Gewerkschaften bei ihren Bemühungen um eine Hebung der

Lage der Arbeiterschaft wirksam unterstützt: einmal durch ihren zentralen Aufbau (Generalversammlung, Verwaltungsrat, Internationales Büro der Arbeit), weiter durch ihre Sonderorgane (Bezirksversammlungen und Industriausschüsse). Während die internationale Charta der Arbeit, die vor allem Mißbräuche abschaffen sollte, Ihre Hauptziele bei der Gründung festlegte, behandelte die Deklaration von Philadelphia im Jahre 1944 ihre Anpassung an die neue Lage. Der zwischen den beiden Weltkriegen geführte Kampf ließ das Bedürfnis nach einer positiven Lösung noch deutlicher hervortreten und schuf die ersten Grundlagen dafür. Die Beschränkung der Arbeitszeit, die Regelung der Frauen- und Jugendarbeit, die Schutzmaßnahmen gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und Unfälle erforderten eine organische Gesamtentwicklung, die man in den Begriffen soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung zusammenfassen zu können glaubt. Von allen Gebieten Ihrer heutigen Arbeit muß man das der gegenseitigen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besonders hervorheben, das in der heutigen Gesellschaft eines der schwierigsten ist. Die Internationale Organisation der Arbeit hat sich schon mit Kollektivverträgen, Vermittlung und Schiedsspruch und mit der Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern im Rahmen des Betriebes befaßt. Der Faktor Mensch, dessen Bedeutung nur zu lange vernachlässigt wurde (jedoch nicht in der katholischen Soziallehre), hat heute die besondere Aufmerksamkeit der Soziologen erregt, und es ist uns bekannt, daß Sie diesen Faktor an die Spitze Ihrer Arbeiten stellen wollen.

Die Wirksamkeit Ihrer Institution und deren Ansehen stammen an erster Stelle aus der Achtung gegenüber dem hohen Ideal, Vorkämpfer einer Zivilisation zu sein, die den gerechten Wünschen der Arbeiter völlig zugänglich ist. Die Internationale Organisation der Arbeit wollte nicht eine einzelne soziale Klasse vertreten, noch das Ausdrucksmittel einer ausschließlichen Richtung werden. Sie befaßt sich mit allem, was konstruktiv ist, und mit allem, was den wirklichen Notwendigkeiten einer harmonisch aufgebauten Gesellschaft entspricht. Aus diesem Grunde hat Unser Vorgänger Pius XI. nicht gezögert, die bemerkenswerte Übereinstimmung der Grundsätze zu unterstreichen, wie sie in der ‚Charta der Arbeit‘ und in der Enzyklika *Rerum Novarum* dargelegt wurden. Die christlichen Organisationen sind ihrerseits uneingeschränkt der Internationalen Organisation der Arbeit beigetreten und nehmen an ihren Beratungen teil. Dadurch hoffen sie, schneller und sicherer ihr soziales Ziel zu erreichen. Dieses richtet sich zunächst auf die Schaffung von Lebensbedingungen, die die unveräußerlichen Rechte des Menschen schützen, wie sie im Naturrecht enthalten und vom positiven Recht festgelegt sind. Aber das Gesetz ist in sich nur eine kalte Norm, eine Schranke, die Abweichungen verhindert. Das Wesentliche ist der Geist, der seine Vertreter beherrscht, der Schwung, der über die gegenwärtige Lage hinausgehen will, die ohne Zweifel schon besser als früher ist, aber doch noch in vielen Punkten dunkel und belastet von der in der menschlichen Schwäche begründeten Unsicherheit. Um sich mit Feuereifer an den Aufbau einer menschlichen Gemeinschaft zu machen, in der die Privatinitiative sich ohne Furcht entwickelt, die Eignungen und Kräfte eines jeden sich in voller persönlicher Achtung entfalten, in der man mit ganzer Hingabe die höchsten moralischen und religiösen Prinzipien vertreten kann, ist es notwendig, an geistige

Werte zu glauben und ihren Triumph über alle Kräfte der Auflösung und Zwietracht fest ins Auge zu fassen. Es geht nicht nur um die Interessen der Arbeiterklasse und ihren Zutritt zur Ausübung voller Verantwortung, sondern um die Zukunft der ganzen menschlichen Gesellschaft. Die Arbeiterbewegung kann sich nicht mit materiellen Erfolgen begnügen, mit einem vollkommeneren System von Garantien und Versicherungen, mit einer erweiterten Einflußnahme auf das Wirtschaftsregime. Sie kann ihre Zukunft nicht darin erblicken, daß sie in der Opposition zu anderen sozialen Klassen verbleibt oder in einer übertriebenen Einflußnahme des Staates auf die Einzelpersonlichkeiten ihr Heil sucht. Sie muß das zu verfolgende Ziel auf der Ebene Ihrer Organisation sehen, nämlich auf einer universellen Ebene, wie sie die Enzyklika *Quadragesimo anno* dargelegt hat — in einer Sozialordnung, in der die materielle Prosperität das Ergebnis einer aufrichtigen Zusammenarbeit aller zum allgemeinen Wohl ist und als Stütze für höhere Werte dient, nämlich für die Kultur und vor allem die unlösliche Vereinigung von Geist und Gemüt.“

**Der Papst über
Würde und Aufgabe
katholischer
Verleger**

Der Heilige Vater hat am 7. November einige hundert Mitglieder der Union katholischer Verleger empfangen, die zur Feier des Marianischen Jahres eine Pilgerfahrt nach Rom gemacht hatten. Er sprach zu ihnen von der besonderen Mission des katholischen Verlegers und wandte seine Aufmerksamkeit allen, auch den technischen Einzelheiten des Berufes zu. Zunächst erinnerte er daran, daß für den Christen die Bibel das Buch der Bücher sei und alles, was der katholische Verleger veröffentliche, in irgendeinem Zusammenhang mit dem Wort Gottes stehe, wenn er natürlich auch die Aufgabe habe, vieles andere neben der Bibel zu veröffentlichen. Das Wort „katholisch“ umfasse ja alles, außer der Sünde. „Muß man noch erwähnen“, so fuhr der Papst fort, „daß ein katholischer Verleger sich ausschließlich an das Gute hält? Während das kommerzielle Interesse ihn dazu verleiten könnte, es mit der Moral nicht zu genau zu nehmen, weist er jeden Kompromiß mit allem, was sein Gewissen ablehnen müßte, zurück. Doch außerdem liegt ihm die größte Sorge um die Qualität ob. Er wird nur ein Buch annehmen, das in der Linie ehrenhaft, sorgfältig und korrekt ist. Diesem soliden Grund bemüht er sich eine würdige Form zu geben. Er verkent nicht die Summe von Kenntnissen und Arbeiten, die das erfordert, und er spart keine Mühe, so weit als möglich Vollkommenheit zu erreichen. Papier und Typen werden mit der größten Aufmerksamkeit gewählt werden; dann wird der Satz, der die eigentlich künstlerische Arbeit darstellt, den Text im besten Zustand von Klarheit, Harmonie und Eleganz herausbringen. Der Druck wird mit aller wünschenswerten Feinheit und Präzision hergestellt werden, und alle Mittel und Finessen der Technik und der Tradition werden in den Dienst von Geschmack und Erfindungsgabe gestellt, so daß auch das bescheidenste Werk Stil bekommt, es schön und eine Quelle dauernder Freude wird.

Von diesen Dingen hängt der Ruf eines Verlages ab; doch vor allem wird es dem katholischen Verleger am Herzen liegen, Gott die volle Ausnutzung seiner Talente darzubringen...“

Der Heilige Vater ging dann auf die wirtschaftlichen Faktoren im Verlagsgeschäft ein. „Das materielle Interesse“, so

sagte er, „darf nicht das einzige Ziel des Verlegers sein, wenn er Unterlassungsünden vermeiden will. Gegenstände und Tendenzen, die durch seine Vermittlung dem Publikum zugänglich gemacht werden sollten, von vornherein abzulehnen, kann bisweilen zum mindesten einen Mangel an christlicher Liebe und Eifer vor den Guten darstellen. Sein Gewissen muß gleichzeitig unterrichtet und empfindlich sein, um Verständnis für solche Fälle zu haben und ihnen den gerechten Erfolg zu ermöglichen, auf den sie Anspruch haben, und so die Wahrheit bekanntzumachen, die Egoismus und Trägheit zu verbergen trachten.

Die Geister und Herzen zu erleuchten, zu ernähren und zu erheben ist Pflicht und Ehre der Presse, insbesondere der katholischen Presse. Wir sind überzeugt, daß Sie sich dieser hohen Aufgabe vollkommen bewußt sind und daß Sie die geistigen und sittlichen Probleme der Bildung und Vervollkommnung der Verleger mutig stellen und aufmerksam verfolgen. Daher rufen wir auf Ihre Arbeit, die eines der wichtigsten und einflußreichsten Felder des Laienapostolats darstellt, den Reichtum der göttlichen Gnaden herab und erteilen Ihnen und allen katholischen Verlegern Italiens, die hier vertreten sind, Ihren Mitarbeitern, Ihren Familien und allen Ihren Lieben von Herzen Unsern väterlichen Apostolischen Segen.“

Allgemeine Gebetsmeinungen für das Jahr 1955 Januar: Für die innere Einigkeit der Völker;

Februar: Daß der technische Fortschritt die Menschen zu Gott führe;

März: Für die allgemeinen und besonderen Anliegen des Hl. Vaters;

April: Für jene Priester und Ordensleute, die sich der religiösen Unterweisung und der geistlichen Formung der Jugend widmen;

Mai: Um eine wahrhaft christliche Wertschätzung der Jungfräulichkeit;

Juni: Daß Ärzte und Krankenpfleger sich ihrer großen Verantwortung vor Gott bewußt seien;

Juli: Für die Hebung der religiösen Erwachsenenbildung;

August: Um friedliche Zusammenarbeit der Völker nach christlichen Grundsätzen;

September: Um eine christliche Lösung aller Frauenrechtsfragen;

Oktober: Für die Bischöfe und Priester der „Kirche des Schweigens“;

November: Daß der Geist der Buße geweckt und gefördert werde;

Dezember: Um Wachstum des „Kreuzzuges für eine bessere Welt“.

Das Übervölkerungsproblem und die elterliche Verantwortung Die katholische Predigt ermuntert die Eheleute, einer zahlreichen Nachkommenschaft das Leben zu schenken. Sie legt das Wort Gottes: „Wachset und mehret euch“ (Gen. 1, 28), meist im buchstäblichen Sinne aus, mahnt zum Vertrauen auf Gottes väterliche Sorge und weist auf die unerschlossenen Schätze der Erde hin. Wohl hat die Kirche immer auch gelehrt, daß eheliche Enthaltensamkeit sittlich wertvoll ist, wenn sie aus höherer Verantwortung geübt wird. Die Entschlüsse zu solcher Enthaltensamkeit schienen ihr aber hauptsächlich in individuellen Verhältnissen einzelner Ehen und Familien begründet zu sein. Erst in unseren Tagen entsteht die Frage, ob nicht, wenigstens in einzelnen Teilen der Erde, die Ver-

antwortung gegenüber der Gesamtheit des eigenen Volkes und der Menschheit ein gewisses Maß an Enthaltensamkeit verlangen könnte und ob nicht auch das Wort der Genesis im Sinne einer vernünftigen Vermehrung verstanden werden muß. Denn Gottes Sorge setzt voraus, daß der Mensch das Seinige tut. Und wenn es auch richtig ist, daß die Erde noch unermeßliche Möglichkeiten birgt, wird ihre rechtzeitige Erschließung doch von menschlichen politischen Entscheidungen abhängig sein, von denen wir keineswegs sicher sind, daß sie getroffen werden.

Prognosen über die Bevölkerungszunahme

Vom 31. August bis zum 10. September 1954 tagte in Rom der zweite internationale Kongreß der Bevölkerungswissenschaftler. In der ersten Hälfte seiner Tagung bot er ein düsteres Bild. Die Bevölkerung der Erde wird sich bis zum Jahre 1980 voraussichtlich auf mindestens 3,3 Milliarden, möglicherweise auf 4 Milliarden Menschen vermehrt haben. Die Hälfte dieser Menschen wird auf den Fernen Osten entfallen, besonders auf China und Indien. Die Zunahme der Erdbevölkerung geht in immer kürzerer Zeit vor sich: 1750 hatte die Erde 700 Millionen Bewohner, 1850 waren es 1,2 Milliarden, heute zählt man 2,4 Milliarden, und nach hundert Jahren könnte die 5-Milliarden-Grenze leicht überschritten sein.

Bei dieser Bevölkerungszunahme spielen hauptsächlich zwei Faktoren eine Rolle. Der erste ist leichter zu fixieren: die Abnahme der Sterblichkeit in den jüngeren Lebensaltern. Vom Ausmaß des Anteils der alten Menschen an der Gesamtbevölkerung und der stetigen Steigerung dieses Anteils macht man sich kaum eine genügend anschauliche Vorstellung. Viele werden überrascht sein, zu hören, daß 27% der erwachsenen männlichen Bevölkerung Frankreichs über 68 Jahre zählen, nur 38% dagegen weniger als 40 Jahre. Gerade dieses Beispiel zeigt aber, daß die Geburtenbeschränkung, wirtschaftlich und sozial betrachtet, von fragwürdigem Wert ist. Zu weit getrieben, kann sie die Versorgung der Alten in Frage stellen, wenn nämlich nicht genügend junge Menschen für ein ausreichendes Sozialprodukt sorgen. Je mehr die Alterspyramide sich in ihrem oberen Teil verbreitert, um so mehr muß auch ihr tragender Unterbau verstärkt werden, wenn sie nicht zusammenbrechen soll. So drängt die Zunahme des durchschnittlichen Lebensalters, die heute überall mit Ausnahme von Neuseeland und Australien zu beobachten ist und gerade in besonders überbevölkerten Ländern wie Indien erstaunlich schnell voranschreitet, zur Geburtenvermehrung; diese aber macht das Ernährungsproblem immer schwerer.

Viel weniger Sichereres kann man über den andern Faktor der Bevölkerungsbewegung voraussagen: nämlich über die zukünftige Geburtenhäufigkeit. Niemand von den Teilnehmern des römischen Kongresses mutete sich in dieser Frage die Rolle eines Propheten zu. In Amerika und in Frankreich ist gegen jede Voraussicht die Geburtenzahl nach dem zweiten Weltkrieg emporgeschnellt. Es ist noch nicht zu übersehen, ob diese Entwicklung anhalten wird; bisher nämlich handelt es sich in großer Zahl um erste und zweite Kinder, also um einen Übergang von der kinderlosen Ehe zur Kleinfamilie. Immerhin ist auch die Zahl der kinderreichen Familien ständig gewachsen, und in beiden Ländern erfreuen sie sich des Wohlwollens der öffentlichen Meinung. In England stagniert die Fruchtbarkeit, weil die öffentliche Meinung jeder kinder-

reichen Familie zum Ausdruck bringt, daß sie dem Lande keinen Dienst erweise. In Japan dagegen hat der durch Propaganda verstärkte moralische Druck der Öffentlichkeit mit grausigen Methoden der Bevölkerungsvermehrung Einhalt zu gebieten versucht. Im Jahre 1953 wurden dort, wie ein Japaner in Rom bekanntgab, eine Million Abtreibungen registriert, und 33 000 Frauen ließen sich freiwillig sterilisieren. Am stärksten ist die Bevölkerungszunahme zur Zeit auf einer geographischen Linie, die sich von Nordafrika über die Länder des Nahen Ostens nach Indien und hinauf nach China ziehen läßt. Aber auch für diese Gebiete läßt sich nichts Sicheres voraussagen. So gibt es zum Beispiel Anzeichen dafür, daß die Fruchtbarkeit in den islamischen Ländern mit der Verstärkung der Bevölkerung und mit der Emanzipation der Frauen abnehmen wird.

Wirtschaftliche Notwendigkeiten

Die größte Sorge bereitet natürlich die Bevölkerungsvermehrung im Fernen Osten, weil sie die völkische Zusammensetzung der Erdbewohner entscheidend zu verändern scheint und weil dort schon jetzt das Mißverhältnis zwischen Menschen und Produktion am bedrohlichsten ist. Wenn die Nahrungsmittelproduktion mit der Vermehrung der Menschen um etwa 85 000 pro Tag Schritt halten soll, dann muß nach der Ansicht, die Wirtschafts- und Sachverständige für Landwirtschaft auf dem römischen Kongreß aussprachen, in absehbarer Zeit die Produktion um folgende Sätze gesteigert werden: in der Erzeugung von Getreide um 50%, von Fleisch um 70%, von Milchprodukten um 75%, von Fisch um 90%. Diese Steigerung wäre nach Ansicht derselben Sachverständigen bei allgemeiner Intensivierung und Erschließung neuer Flächen möglich, und es wäre auch möglich, die Nahrungsmittel vor allem dort anzubauen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Jedoch müßten sich die kapitalkräftigen Länder dann bereit finden, wenigstens 20 Milliarden Dollar im Jahre, also etwa 5% ihres Sozialproduktes, zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen, und, das ist nicht minder wichtig, die unterentwickelten Länder müßten sich dazu bereit finden, den mit einer solchen Kapitalinvestierung nun einmal verbundenen ausländischen Einfluß zuzulassen, was eine schwere Zumutung für ihr nationales Selbstbewußtsein ist.

Angesichts dieser Erkenntnis hatten es die in Rom anwesenden Vertreter der Ostblockstaaten leicht, den Westen und sein Wirtschaftssystem für die Kalamität verantwortlich zu machen. Die westlichen Länder aber werden durch die Tatsachen nun wirklich vor die Frage gestellt, in welchem Verhältnis ihre wirtschaftlichen Kräfte auf die Verteidigung und andererseits auf die Hilfe für die bedrohten Länder, namentlich in Asien, verteilt werden müssen, wenn die Verteidigung auf längere Sicht sinnvoll bleiben soll. Da diese Frage von den Politikern entschieden werden muß, konnte in Rom nichts getan werden, was unmittelbar zu ihrer Lösung führt. Jedoch wurden wichtige Erwägungen über die sozialen, kulturellen und psychologischen Bedingungen angestellt, die sowohl in den gebenden wie in den nehmenden Völkern vorhanden sein müssen, damit eine solche Hilfe zustande kommen kann und sinnvoll gebraucht wird.

Bis in welche scheinbar entfernten Bezirke des Lebens

eine solche Aktion sich auswirken müßte, das wurde von A. Sauvy, dem Direktor des heute wohl führenden Institutes für Bevölkerungsfragen in Paris, an folgendem Beispiel erläutert: Unter der allgemein anerkannten Voraussetzung, daß die Hebung des Wirtschaftsniveaus und eine vielleicht notwendige sittlich verantwortbare Selbstbeschränkung hinsichtlich der Geburtenzahl in unterentwickelten Ländern nur erreicht werden kann, wenn man deren Völker auch geistig und sittlich hebt, stellt sich das Problem, das Analphabetentum zu bekämpfen. Über die Hälfte der Weltbevölkerung besteht aus Analphabeten. Abgesehen nun von den personellen Schwierigkeiten, die sich dieser Unternehmung entgegenstellen, wären nach Sauvy zur Unterrichtung von 100 Millionen Kindern 500 000 Tonnen Papier notwendig, also etwa 10% des in USA verbrauchten Zeitungspapieres. Darin liege zwar keine technische, aber eine nicht überwindbare finanzielle Schwierigkeit. Die Reklame ist unermüdlich tätig, den Papierverbrauch zu steigern. Aber, so sagt Sauvy, mit jedem zehnpromzentigen Steigerungserfolg dieser Reklame sind 100 Millionen Kinder unter diesem Gesichtspunkt um die Möglichkeit ihres Unterrichts betrogen. Sauvy will an diesem Beispiel zeigen, daß die fünfprozentige Abgabe vom Sozialprodukt der kapitalkräftigen Länder im Grunde einen Konsumverzicht von deren Bevölkerung fordert, zu dem diese noch nicht bereit ist.

Die pädagogische Aufgabe

Die psychologischen Bedingungen, die bei den unterentwickelten Völkern selbst für eine Regulierung der Überbevölkerung in Betracht kommen oder auch erst geschaffen werden müssen, untersuchte in einem wertvollen Referat S. de Lestapis SJ, der Leiter der katholischen Action Populaire und Professor am Institut Catholique in Paris, der als inoffizieller kirchlicher Vertreter an dem Kongreß in Rom teilnahm. Über sein Referat ist auch deshalb zu berichten, weil manche Zeitungen unverständlicherweise daraus lesen zu müssen glaubten, die katholische Kirche sei auf dem Wege, eine neue Stellung gegenüber der Geburtenregulierung zu beziehen. Tatsächlich hat der Referent nur, allerdings sehr nachdrücklich, auf die Verantwortung hingewiesen, die auf dem schöpferischen Akt der Eltern liegt, was freilich eine neue Akzentuierung innerhalb der katholischen Lehre bedeutet.

Lestapis ging von der allgemeinen Überzeugung aus, daß man den überbevölkerten Ländern durch verschiedene, im einzelnen leicht zu bezeichnende wirtschaftliche Maßnahmen zu Hilfe kommen müsse. Damit aber ihr wirtschaftlicher Entwicklungsprozeß, die Technisierung ihrer Landwirtschaft, der Aufbau ihrer Industrien, die Bevölkerungsverchiebung, die Überführung vom stammesgebundenen Landleben zu städtischem Dasein und anderes nicht fehlschlage und, schlimmer noch, diese Menschen nicht in ihrem menschlich-sittlichen Leben schädige oder zugrunde richte, müßten diese Länder geistig und seelisch darauf vorbereitet und dafür reif gemacht werden.

Man müsse zunächst die psychologischen Hemmungen aufdecken, die sich einer technischen Entwicklung entgegenstellen, dann eine Erziehungsaktion einleiten mit dem Ziel, die Menschen zum Bewußtsein ihrer Verantwortung für ihre eigene Zukunft zu führen. Ganz besonderer Sorgfalt bedürfe dabei die Entwicklung gegebener Traditionen, die für diese Menschen zum Teil ein

unerläßlicher Halt sind, zum Teil aber auch in weiser Pädagogik überwunden werden müssen. Es sei entscheidend wichtig, daß keine soziale oder wirtschaftliche Entwicklung eingeleitet wird, ehe sie von den Betroffenen oder wenigstens ihren führenden Kreisen anerkannt, verstanden und innerlich mitvollzogen wird. Nie dürfe der Verdacht aufkommen, daß es sich hier etwa um einen neuen Kolonialimperialismus handelt. Keine soziale oder wirtschaftliche Umgestaltung dürfe einen geistigen oder sittlichen Rückschritt, eine Proletarisierung oder Barbarisierung im Gefolge haben. Aus diesem Grunde wäre es falsch, die soziologischen Gegebenheiten überstürzt zu verändern. Man wird sich deshalb Zeit lassen müssen, um zunächst eine Avantgarde heranzubilden.

Erziehungsziele

Ziel der Erziehung wird es sein müssen, den Menschen folgende Grundsätze zu Bewußtsein zu bringen und sie von ihnen zu überzeugen: 1. Es entspricht der Würde des Menschen, für sich selbst und für alle nach einem menschlicheren Dasein zu streben. 2. Es entspricht der Würde des Menschen, an seine schöpferische Tätigkeit zu glauben und die Herrschaft über die Kräfte der Natur zu eringen. 3. Es ist endlich etwas Großes, wenn der Mensch seine Verantwortungslosigkeit überwindet und sich mit Überlegung in den Dienst des Gemeinwohls stellt. In dieser Erziehung zur Verantwortung liegt der Erfolg aller Bemühungen beschlossen. Im Hinblick auf den ersten Grundsatz gilt es vor allem zu verhüten, daß er in egoistischer Weise aufgenommen wird. Die Weckung des Vertrauens zur schöpferischen Aufgabe des Menschen wird in vielen Fällen zur Auseinandersetzung mit religiösen Vorstellungen gezwungen sein, vor allem mit den zahlreichen Formen des Fatalismus. Die Erziehung wird das Echte und das Gute dieser religiösen Vorstellungen ehrfürchtig zu bewahren suchen und lediglich die abergläubischen Auswüchse behutsam beseitigen müssen, wobei das Vorbild gläubiger und doch moderner Menschen besonders wichtig ist. Eine Vernachlässigung einer solchen religiösen Erziehung würde sicherlich dazu führen, daß das Vertrauen zur menschlichen Schöpfermacht in einen Rausch der Gewalt entartet. Die Erziehung im Sinne des dritten Grundsatzes endlich muß zum Ziel haben, daß die Menschen nicht unter die Räder der Technik geraten und den technischen Fortschritt als solchen wie eine neue Form des Fatum anbeten, sondern lernen, sie dem Gemeinwohl wirklich dienstbar zu machen.

Sexualerziehung

Diese Grundsätze müssen auch die wichtige Sexualerziehung leiten. Was Lestapis dazu sagte, gilt nun nicht nur für die unterentwickelten Völker, sondern für die heutige Menschheit überhaupt. Die Ambivalenz der Sexualkraft, die sowohl auf egoistischen Genuß wie auf schöpferische Hingabe angelegt ist, wird bei den Primitiven durch sexuelle Tabus und familiäre Sitten reguliert. Sobald aber der Mensch die Technik als Möglichkeit der Lebensgestaltung in die Hände bekommt, sobald er erfährt, daß er nicht einem unabwendbaren Schicksal, sondern in vieler Beziehung seinem eigenen Willen anheimgegeben ist, vollzieht er auch den sexuellen schöpferischen Akt nicht mehr fatalistisch, sondern er erfährt ihn als Sache seines eigenen Willensvollzuges. Er sieht sich vor der Entscheidung zwischen den beiden Möglich-

keiten einer Herrschaft der Lust und einer Herrschaft der schöpferischen Liebe. Wenn man in der Erziehung insgesamt die Weckung der Verantwortlichkeit anstrebt, dann darf man in der Sexualerziehung keine Methoden lehren, die Ausdruck verantwortungslosen Selbstgenusses und eines seelischen Determinismus sind. Weise Herrschaft über die Natur, schöpferisches Selbstbewußtsein fordern, daß man den Menschen zuerst lehrt, die Natur in sich zu meistern, das Schöpferische des Sexualaktes über den Lustinstinkt zu stellen und die dienende Liebe zu üben, die allein Gewähr dafür bietet, daß die Technik im Dienste des Gemeinwohls bleibt und es nicht zuletzt vergewaltigt. Lestapis wies zur Erhärtung dieser These, die auf den ersten Blick manchem konstruiert erscheinen mag, darauf hin, daß die Psychoanalyse und die Psychopathologie deutlich genug gezeigt haben, welche entscheidende Rolle im geistigen und im gesellschaftlichen Leben der Meisterung der Sexualität im Sinne der Entfaltung ihrer altruistischen Tendenzen zukommt. Die Technik der Empfängnisverhütung erweist sich, wenn man sie in diesen Zusammenhang stellt, als verhängnisvoller Schritt auf den Weg der Erziehung zu einem Determinismus oder Fatalismus der Technik überhaupt und zu verantwortungslosem Handeln auf diesem Gebiete, auf dem vor allem verantwortungsvolles Handeln nottut, wenn das Weltbevölkerungsproblem bewältigt werden soll.

Die Kunst der Enthaltbarkeit, wobei Lestapis an die periodische Enthaltbarkeit gemäß den physiologischen Rhythmen denkt, gestattet nicht nur in weitem Ausmaß eine natürliche Geburtenregulierung, sie ist auch, und vor allem, einer der wesentlichsten Ausdrücke menschlicher Verantwortung und als solcher von grundlegender Bedeutung für den geplanten Zivilisationsprozeß.

Diesem Erziehungsziel entspricht es, wie Lestapis sagte, daß die Entscheidung über die Zahl der Kinder, denen die Eltern das Leben schenken wollen, ganz allein bei ihnen liegen muß, das heißt in ihre Verantwortung gestellt bleiben muß. Dem Staat obliegt allerdings die Pflicht, auf Grund objektiver sozialwissenschaftlicher und besonders demographischer und demopolitischer Studien die Eltern auf diese Verantwortung hinzuweisen und ihnen die sachlichen Unterlagen für die Bildung ihres Gewissensurteils zu bieten. Er hat aber nicht das Recht, ihnen dieses Urteil abzunehmen, indem er etwa die wünschenswerte Durchschnittskinderzahl zur Norm erhebt. Die Durchschnittsfamilie ist nicht auch deshalb schon die Normalfamilie. Die letztere wird nicht durch eine Quantität konstituiert, sondern durch einen geistigen Faktor, nämlich die Verantwortung gegenüber dem Wohl der Familie und die Verantwortung der Familie gegenüber dem Wohl der Allgemeinheit. Die Angabe einer wünschenswerten Durchschnittskinderzahl ist einer von mehreren Faktoren, die das verantwortliche Urteil der Eltern bestimmen werden.

Ebenso aber wie das uns aufgegebene schwere Problem der Anpassung von Bevölkerungszahl und Existenzmitteln von den meist betroffenen unterentwickelten Völkern Verantwortung fordert, wenn es gelöst werden soll, so schloß Lestapis sein Referat, verlangt es auch verantwortliches Handeln von den begüterten Völkern. Die merkantile und koloniale, egoistische Denkweise muß auch bei ihnen durch Verantwortung gegenüber dem Ganzen der Menschheit und ihrer Zukunft ersetzt werden.

Veränderungen in der spanischen Kirche Die im spanischen Konkordat vom 27. August 1953 vorgesehene Neuordnung der Diözesangrenzen (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 23) ist jetzt im Nordosten Spaniens (Galicien, Asturien, Leon und Nordkastilien) durchgeführt worden. Die Diözese Oviedo wurde am 2. November in den Rang einer Erzdiözese erhoben mit den Suffraganbistümern Leon, Astorga und Santander. Ebenfalls wurden die Grenzen der Diözesen Valladolid, Palencia, Burgos, Zamora, Salamanca, Tuy und Mondoñedo den der staatlichen Provinzen angepaßt.

Auch Neuernennungen wurden vorgenommen. So wurde der Weihbischof von Malaga, Antonio Añoveros Ataún, Bischof-Koadjutor des betagten Bischofs von Cadix, T. Guziérrez Díez; der Uditore der spanischen Rota, Msrgr. Eugenio Beitia, Bischof-Koadjutor des kranken Bischofs von Badajoz, José M. Alcaráz Alenda. Die bedeutendste Ernennung ist wohl die des Bischofs von Vittoria, José M. Bueno y Monreal, zum Erzbischof-Koadjutor cum jure successionis von Kardinal Segura, der sich zum Zeitpunkt der Ernennung seines Nachfolgers in Rom aufhielt.

Die unnachgiebigen Arbeiterpriester Von den beiden modernen apostolischen Bewegungen in Frankreich hat die eine, die „Mission de France“, vor kurzem durch die Ernennung des Bischofs von Lille, Kardinal Liénarts, zum Prälaten von Pontigny ihr Oberhaupt erhalten und schickt sich an, ihr unterbrochenes Werk fortzusetzen, das durch das päpstliche Statut vom 15. August 1954 (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 39) seine neue Form gefunden hat.

Dagegen ist die Krise der „Mission de Paris“, der Bewegung der Arbeiterpriester, noch nicht zu Ende. Zwar haben die französischen Bischöfe keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch das Apostolat der Arbeiterpriester unter Beachtung der von der Kirche erlassenen Normen (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 110) fortgesetzt werden wird. Wie wir im vorigen Heft berichteten, ist auch bereits damit begonnen worden (vgl. ds. Jhg., S. 105). Leider setzt sich aber eine erhebliche Zahl der früheren Arbeiterpriester gegen diese Normen grundsätzlich zur Wehr und verweigert den Bischöfen den Gehorsam. Wie viele es sind, ist nicht genau bekannt; doch scheint es sich um mindestens die Hälfte zu handeln.

Diese Gruppe hat zu ihrer Rechtfertigung unter dem Titel „Les prêtres-ouvriers“ (Paris, Les Editions Minuit) ein Buch herausgegeben. In seinem ersten Teil werden die Ereignisse von 1943 bis zum 1. März 1954 dargestellt, dem Termin, der ihnen für ihre Unterwerfung gesetzt worden war. Im zweiten Teil sind die Stimmen der Öffentlichkeit festgehalten, durch deren Anteilnahme die Verfasser sich in ihrem Anliegen verstanden und unterstützt sehen, der dritte bietet amtliche oder authentische Texte und Dokumente zur Geschichte der Bewegung.

Eine Erklärung Kardinal Feltins

Abgesehen davon, ob die Dokumentation vollständig und objektiv ist, was die Verfasser behaupten, was aber von Emile Gabel in „La Croix“ (10. November 1954) bestritten wurde, hat das Buch Gegensätze vertieft und ihren Ausgleich erschwert. Die Verfasser haben sich öffentlich zu Verfechtern marxistischer Grundsätze und zu An-

klägern der sozialen Praxis der Kirche gemacht. Sie haben dadurch das kirchliche Hirtenamt zu einer Stellungnahme gezwungen, die wie ein Ultimatum lautet. Kardinal Feltin hat sie am 27. November 1954 in einem Communiqué in der „Semaine religieuse de Paris“ formuliert. Der Kardinal stellt fest, daß die Kirche nicht von ihren Bemühungen ablassen wird, die Kluft gegenüber der Arbeiterschaft zu schließen. Die Verwirrung über die Haltung der Kirche zu den Arbeitern werde aber durch das neue Buch gesteigert. Daher müsse er erklären:

„Wir mißbilligen dieses Buch, 1. weil es trotz seinem sehr allgemeinen Titel: ‚Die Priester-Arbeiter‘ nur eine Darstellung derjenigen ist, die die Entscheidungen der Kirche nicht angenommen haben und die deshalb heute nicht mehr ihre Vertreter in der Arbeiterwelt sind.

2. Weil diese Darstellung sich auf eine fragmentarische Dokumentation stützt und in der Auswahl der Beispiele parteiisch ist.

3. Weil diese Darstellung den Sinn der Mission der Arbeiterpriester verzerrt. Die Kirche verlangte von ihnen wesentlich die Verkündigung des Evangeliums und das Apostolat Christi. Sie aber scheinen ausschließlich Vorkämpfer für eine irdische Sache geworden zu sein und sich nicht bemüht zu haben, ihr priesterliches und apostolisches Leben zu vertiefen.

4. Weil die Verfasser sich in ihrem Glauben bezüglich des Priestertums, wie sie es vom Heiligen Geiste und von der Kirche empfangen hatten, gewandelt haben. Es war berechtigt und notwendig, nach einer vernünftigen Einordnung dieses Priestertums in die Arbeiterwelt zu suchen. Aber unter dem Vorwand, ‚ausgehend vom proletarischen Bewußtsein‘ einen neuen Ausdruck für es zu finden, haben sie Dinge in Frage gestellt, die die Kirche als wesentlich betrachtet.

5. Weil dieses Buch schwere Verwirrungen und irrige Behauptungen über die Haltung der Kirche gegenüber der Arbeiterwelt und dem kapitalistischen System vertieft. Außerdem schränkt es unberechtigt die Autorität der Hierarchie über das Apostolat der Priester oder der Laien auf das streng religiöse Gebiet ein.

Infolgedessen:

1. laden wir zum letztenmal die wenigen Priester unserer Diözese, die noch nicht auf die Kirche gehört haben, ein, ihre Treue gegen das Priestertum, das sie von der Kirche empfangen haben, zu beweisen.

2. Wir erinnern die Priester anderer Diözesen, die in Paris wohnen und in den gleichen Umständen sind, daran, daß sie auf unserem Diözesangebiet keine Vollmachten besitzen.

3. Wir werden unter allen Umständen unser Bemühen um die Evangelisation der Arbeiterwelt fortsetzen, und zwar mit Priestern, die sich besonders um die Bedürfnisse der Arbeiter bemühen, die durch eine oft schmerzliche Erfahrung dafür vorbereitet sind, die ein erleuchtetes, unterbautes und von Grund auf übernatürliches Priesterleben zu führen entschlossen sind und miteinander, mit dem Pfarrklerus und mit den treuen christlichen Arbeitern besonders aus der Katholischen Arbeiterbewegung enge Fühlung halten wollen.“

Die geistige Position der ungehorsamen Arbeiterpriester

Es besteht wenig Hoffnung, daß die unnachgiebigen Arbeiterpriester die Einladung des Kardinals annehmen werden. Sie haben sich auf die Meinung versteift, daß der

Priester Arbeiter werden müsse, Arbeiter in seinem ganzen Leben und Denken, um dem Arbeiter dienen zu können. Sie haben sich die marxistische These zu eigen gemacht, daß die Klassenzugehörigkeit das Bewußtsein bestimmt. Sie machen der Kirche den Vorwurf, daß ihre soziale Lehre nicht mit ihrem Verhalten übereinstimmt, und zwar darum, weil die Vertreter der Kirche sich dem Arbeiter nur von außen, nur begrenzt, nur pädagogisch, also ohne das aufrichtige „Engagement“ nähern wollen. Die Frage des Arbeiterpriestertums ist für sie nicht mehr nur eine methodische, worüber man verhandeln könnte, sondern sie hat doktrinären Charakter angenommen und kann, das kennzeichnet die marxistische Grundhaltung dieser Priester, nicht gelöst, sondern nur entschieden werden. Sie selbst haben, wie es scheint, ihre Entscheidung getroffen. Aus ihrer Entscheidung wird sicherlich zwar keine bedeutende Häresie entstehen, und sie wird auch das Arbeiterapostolat nicht zum Erliegen bringen, aber sie hemmt zweifellos seine Entfaltung, sowohl wegen der nun gebotenen Vorsicht seitens der Kirche als auch wegen der psychologischen Stärkung des Geistes ablehnender Zurückhaltung bei den Arbeitern.

Die unnachgiebigen Arbeiterpriester haben im Nachwort zu ihrem Buch die Frage formuliert, die auch in dem zukünftigen Arbeiterapostolat nicht leichthin zu beantworten sein wird, wenn man sie nicht nur allgemein stellt, sondern an konkrete Verhaltensweisen denkt. Sie lautet: Haben wir unser Priestertum verstümmelt, indem wir die menschliche Solidarität mit den Arbeitern ganz und vorbehaltlos auf uns nahmen, wie man uns vorwirft? Oder verstümmelt man nicht das Priestertum, wenn man es in sozialen Formen lebt, die einem großen Teil des Volkes den Zugang verschließen? Weisen die Arbeitermassen die Kirche aus religiöser Unwissenheit oder Verslossenheit ab oder nicht wegen der „sozialen Rolle“, die von kirchlichen Vertretern mit der „Sendung“ der Kirche verwechselt wird? Paul Graf hat im „Rheinischen Merkur“ (10. Dezember 1954) gesagt: „Die Priester-Arbeiter holen das Kapitel ‚Hegel und Marx‘ nach zu einem Zeitpunkt, da die allgemeine Entwicklung längst über beide hinweggeschritten ist. Der französische Katholizismus erweist sich damit als eine Art Naturschutzpark für abgelebte Philosophien, die sich dem rauhen Wind der Diskussion, dem menschlichen Erfahrungszuwachs und dem Experiment der lebendigen Geschichte gegenüber nicht halten können. Anders ausgedrückt: Die kommunistische Infektion ist in den Priester-Arbeitern noch zu einem Zeitpunkt wirksam, da sie im europäischen Sozialismus im wesentlichen schon überwunden wird.“ Der innere Widerspruch bei diesen Arbeiterpriestern, so meint Graf, liegt darin, daß sie die Arbeiter zum Christentum erlösen wollen, während sie gleichzeitig davon überzeugt sind, daß die Entwicklung zum Siege des neuheidnisch-marxistischen Proletariats hin determiniert ist. Das dürfte richtig sein, aber wie es scheint, beruht die Unnachgiebigkeit der Arbeiterpriester auf einem noch tieferen Motiv. Sie protestieren gegen die nach ihrer Ansicht sozialreaktionäre Kirche aus einem irreführenden reformatorischen Sendungsbewußtsein. Sie glauben, daß die Kirche im Widerspruch zu ihrer eigenen Lehre gegenüber der kapitalistischen Gesellschaftsordnung allzu duldsam ist und daß es ihre eigene Pflicht sei, dem Proletariat in seinem Kampf um die Gerechtigkeit beizustehen, da die Kirche „allen alles werden“ muß (1 Kor. 9, 22). Sie

kämpfen wohl weniger für eine „abgelebte“ Philosophie als unter dem Eindruck unsozialer Zustände, die sie als Menschen nicht mitansehen können. Im Nachwort zu ihrem Buch heben sie dieses Motiv ausdrücklich hervor. Die Tragik ihres Schicksals ist weniger eine philosophische als eine religiöse. Wie Kardinal Feltin ihnen vorhält, scheinen sie im Glauben an die übernatürliche Erlösungsaufgabe des Priestertums der Kirche irre geworden und dadurch in Gegensatz zu ihr geraten zu sein.

Aus der totalitären Welt

Neue Taktik gegenüber den Gläubigen in Rußland Die seit dem Tode Stalins auch im religiösen Sektor eingetretene Bewegung hat jetzt ihren parteiamtlichen Niederschlag in einem Erlaß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 10. 11. 54 über die „Fehler bei der Durchführung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda unter der Bevölkerung“ gefunden. Der Erlaß ist — ungewöhnlicherweise — vom Sekretär des Zentralkomitees, Nikita S. Chruschtschew, gezeichnet (im allgemeinen tragen Erlasse des ZK der Kommunistischen Partei keine Unterschrift).

Der von der Herder-Korrespondenz kürzlich (ds. Jhg., S. 68 f.) gemeldete neue Feldzug gegen die Religion, der mit dem Leitartikel der „Prawda“ vom 24. 7. 54 begann, ist keine außergewöhnliche Erscheinung. Trotz der im Kriege eingeleiteten toleranteren Haltung gegenüber der Kirche und den Gläubigen wurde bald nach dem Kriege die antireligiöse Propaganda wieder aufgenommen. Schon 1947 ließ ihre Schärfe keinen Zweifel an der unveränderten Haltung der Kommunisten zu. „Aktivierungen“ der antireligiösen Propaganda gab es zu wiederholten Malen. 1950 sollte eine von der „Gesellschaft zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse“ geleitete Aktion von gigantischem Ausmaß der „Christus-Legende“ und der „mittelalterlichen Lehre vom Weltbild der christlichen Kirche“ endgültig den Garaus machen (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 468). Was die Gläubigen der Sowjetunion heute über sich ergehen lassen müssen, ist offenbar eine neue Aktivierungsphase. Wie wir sehen werden, soll aber die atheistische Propaganda in Zukunft konsequent auf die ideologische Argumentierung beschränkt werden.

In der zwielichtigen Lage von Duldung und ideologischer Bekämpfung der Kirche erinnern die Sowjets gerne an den Leninschen Grundsatz, daß die Religion nur im Verhältnis zum Staat als Privatangelegenheit zu betrachten sei, daß sich aber die Partei „nicht gleichgültig zu dem Mangel an Bewußtheit, zu der Finsternis und dem Obskurantentum in Gestalt des religiösen Glaubens verhalten dürfe“ (Lenin, Sozialismus und Religion). Die Kommunisten haben die Fronten nie verwischt und aus ihrer traditionell marxistischen Einstellung gegen die Religion nie einen Hehl gemacht. So wiederholt auch der ZK-Erlaß die alten Thesen vom prinzipiellen Gegensatz zwischen Religion und Wissenschaft. Doch im Vergleich zum vier Monate früher erschienenen Leitartikel der „Prawda“ ist sein Ton vernehmlich milder. Die „Prawda“ bediente sich damals der bekannten scharfen Thesen von der Schädlichkeit der religiösen Vorurteile als der „Überbleibsel der bourgeois Weltanschauung und der Ideologie und Moral des Privateigentums“. „Diese Vorurteile vergiften bis heute das Bewußtsein eines Teils unserer Menschen und stehen

ihrer aktiven Teilnahme am Bau des Kommunismus im Wege.“ Fast wörtlich wiederholte die „Komsomolskaja Prawda“, das Zentralorgan des Kommunistischen Jugendverbandes, am 13. 8. 54: „Diese Vorurteile vergiften bis heute das Bewußtsein eines Teils der Jugend und stehen ihrer aktiven Teilnahme am Bau des Kommunismus im Wege.“

Der neue Kurs

Im ZK-Erlass ist von dieser schädlichen und vergiftenden Wirkung der religiösen Vorurteile keine Rede mehr. Es wird sogar als „töricht und schädlich“ gebrandmarkt, wenn sowjetische Bürger wegen ihrer religiösen Überzeugungen als politisch unzuverlässig hingestellt werden. Den Gläubigen wird ausdrücklich bescheinigt, daß sie „aktiv am Leben des Landes teilnehmen und ihrer bürgerlichen Pflicht der Heimat gegenüber ehrenhaft nachkommen“.

So kommt denn das ZK zu der bedeutsamen Feststellung, daß „die Position der Kirche im Lande des Sozialismus mit der Position der Kirche in der Ausbeutergesellschaft nicht identifiziert werden dürfe“. Wohl sei die Kirche im zaristischen Rußland eine treue Stütze der Autokratie und des Kapitalismus gewesen und hätten viele ihrer Anhänger nach der Oktoberrevolution eine feindliche Stellung gegenüber der Sowjetmacht eingenommen. Das ZK erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß der Kampf gegen die Geistlichen und Gläubigen in früheren Jahren nicht ihrer religiösen, sondern nur ihrer regierungsfeindlichen Tätigkeit gegolten habe! Heute jedoch, nach dem Sieg des Sozialismus und der Liquidierung der Ausbeuterklassen, d. h. nach Beseitigung der sozialen Basis der Religion, habe sich die Lage geändert. „Die Diener der Kirche nehmen, wie die Tatsachen beweisen, in ihrer Mehrheit eine loyale Haltung im Verhältnis zur Sowjetmacht ein. Deswegen ist der Kampf gegen die religiösen Vorurteile in heutiger Zeit als ein ideologischer Kampf der wissenschaftlichen, materialistischen Weltanschauung gegen die antiwissenschaftliche, religiöse Weltanschauung zu betrachten.“

Sinn des „Prawda“-Leitartikels und des erwähnten Leitartikels der „Komsomolskaja Prawda“ war es, unter Hinweis auf das allseitige Versagen der atheistischen Propaganda ihren „militanten, aggressiven Charakter“ neu zu entfachen. Der ZK-Erlass dagegen will die Gläubigen vor Übergriffen in Schutz nehmen. „Diesen gläubigen Menschen gegenüber forderte die Partei stets ein feinfühliges und aufmerksames Verhalten und wird dies auch in Zukunft fordern.“ Zu diesen Aufmerksamkeiten gehört es, daß man den Gläubigen jetzt ihre „aktive Teilnahme am Leben des Landes“ bescheinigt, während die „Komsomolskaja Prawda“ am 13. 8. noch behauptete, die Abhaltung religiöser Zeremonien oder Feiertage sei von tagelanger Trunkenheit, Nichterscheinen bei der Arbeit und von Unfällen begleitet, was alles den Interessen des Staates oder der Kolchose zuwiderlaufe.

Zu den geforderten Rücksichtnahmen auf die Gläubigen gehört vor allem die Aufforderung des ZK, „künftig in keinem Falle irgendwelche Beleidigungen der Gefühle der Gläubigen und Diener der Kirche oder administrative Eingriffe in die Tätigkeit der Kirche zuzulassen“. Die Empfehlung, sich solcher Propagandamethoden zu enthalten, die verletzend und beleidigend auf die Gläubigen wirken, ist nicht neu und war auch in den genannten Leitartikeln der beiden Parteiblätter enthalten. In diesem

Erlass des ZK wird sie aber nachdrücklich und mehrmals wiederholt, und zwar als striktes Verbot. Besondere Beachtung verdient das Verbot behördlicher Einmischung in die Angelegenheiten der Kirche. Prinzipiell enthalten ist es im § 124 der Verfassung, der die Trennung von Kirche und Staat ausspricht. Die Regierungsbehörden haben nach 1943 des öfteren versichert, daß sie sich in die Angelegenheiten der Kirche nicht einmischen würden, wenn auch diese sich jeder Einmischung in staatliche Angelegenheiten enthalte. Daß die administrativen Eingriffe nun vom ZK der Partei ausdrücklich verboten werden, geht weit über solche Versicherungen hinaus.

Hintergründe

Was veranlaßte das ZK zu diesem wichtigen Erlass, der die bisherige religions-politische Praxis der Regierungsbehörden nun auch parteiamtlich sanktioniert und vielleicht sogar darüber hinausgeht? Getreu der Partei-Ideologie dient er natürlich auch der Verbesserung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda, die hinfert systematisch und sachgemäß zu betreiben sei. Nur eine beharrliche und geschickt aufgezogene Propaganda unter den Gläubigen könne diese schließlich von ihren „religiösen Irrtümern“ befreien. „Jegliche Art von Verwaltungsmaßnahmen und beleidigender Ausfälle gegen die Gläubigen und Diener der Kirche kann dagegen nur schaden und zu einer Befestigung und sogar Steigerung ihrer religiösen Vorurteile führen.“

Man muß sich aber sehr fragen, ob diese Begründung nicht noch ganz andere Motive eines bedeutsamen Kurswechsels der Partei verdeckt. Vor allem ist einiger Zweifel erlaubt an den angeblichen Tatsachen „grober Fehler“ bei der atheistischen Propaganda, die das ZK als Anlaß seines Erlasses erwähnt. Es ist bei der immer wieder angeprangerten Bummel und Initiativlosigkeit der mit der atheistischen Propaganda beauftragten Organisationen kaum anzunehmen, daß nur vier Monate, nachdem die „Prawda“ diesen vorgeworfen hatte, unter der Gewissensfreiheit einfach die Freiheit zur Verbreitung religiöser Ansichten zu verstehen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 68), heute die geforderte atheistische Offensive bereits auf solchen Touren läuft, daß berechtigter Anlaß zum Einschreiten gegen beleidigende und administrative Übergriffe besteht. Wenn es solche Übergriffe gab, was sehr wahrscheinlich ist, dann nicht erst in den letzten vier Monaten! Geändert hat sich in dieser Beziehung wohl weniger die allgemeine Lage an der antireligiösen Front als vielmehr die Sprache und Haltung des ZK selbst. Es müssen gewichtige Gründe vorliegen, die ihm die Schonung der Gläubigen ratsam erscheinen lassen. Ob dies die Stärke des christlichen Zeugnisses in der Sowjetunion ist (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 482 ff.), oder ob eine religionsfreundliche Gruppe, die zweifellos innerhalb der oberen Sowjetführung existiert, zum Zuge gekommen ist, läßt sich zunächst nicht klar beantworten. Es können auch außenpolitische Erwägungen eine Rolle spielen. Bekanntlich bemühen sich in letzter Zeit viele christliche Gemeinschaften des Westens um Kontakt mit der russischen Kirche. Wie um solche Verbindungen zu erleichtern, heißt es im Anschluß an die zitierte Stelle über den Unterschied der Position der Kirche im sozialistischen zu derjenigen im kapitalistischen Staat: „In der bourgeoisen Gesellschaft ist die Kirche Stütze und Werkzeug der herrschenden Klassen... Das schließt nicht aus, daß sich einzelne Diener der Kirche auch in der kapitali-

stischen Gesellschaft in einigen fundamentalen Fragen der Politik auf den Standpunkt der Werktätigen stellen können und dies auch tun.“ Zweifellos ist hiermit auch eine propagandistische Wirkung auf gewisse christliche Kreise in der westlichen Welt beabsichtigt, um sie für den Gedanken der Koexistenz zu gewinnen.

Eine weitere Interpretation des ZK-Erlasses ist möglich: Sehen die Sowjets die außenpolitische Lage für so gefährlich an, daß sie sich wie in Zeiten der Not von neuem anschicken, die religiösen Kräfte der Bevölkerung für sich zu gewinnen? Das Wahrscheinlichste ist, daß bis zu einem gewissen Grade alle genannten Gründe für den Erlass des ZK maßgebend waren.

Chronik der polnischen Kirchenverfolgung

An der Jahreswende soll die Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse in Polen in einem Überblick betrachtet

werden. Ein solcher Überblick muß auf das Ereignis zurückgreifen, das diese Entwicklung entscheidend beeinflusst hat: die Verhaftung des Kardinals Wyszynski am 26. September 1953 (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 83).

Vor kurzem hatte diese Gewaltmaßnahme ein weiteres trauriges Nachspiel. Der Gnesener Weihbischof Baraniak, einer der engsten Mitarbeiter sowohl des ersten wie des zweiten Primas von Polen, der kurz nach Kardinal Wyszynski verhaftet worden war, wurde im November 1954, wie wir aus einer KNA-Meldung erfahren, zu zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt, weil er angeblich Spionage getrieben hat.

Mit der Verhaftung des polnischen Primas scheint eine neue Phase des Kirchenkampfes in Polen begonnen zu haben. Die Erklärungen der Bischöfe unmittelbar nach der Verhaftung des Primas und bei Gelegenheit ihres Treueides am 17. Dezember 1953 (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 83 und 217) sowie ihre Aufforderung zur Ächtung der Atomwaffen (ebenda S. 554) kommen den politischen und sozialen Zielen der Regierung entgegen und geben es den Gläubigen frei, ihre Entscheidungen auf diesen Gebieten gemäß dem eigenen Gewissen zu treffen. Kennzeichnend dafür ist folgender Satz aus der Erklärung des derzeitigen Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Bischof Klepacz, vom 17. Dezember 1953:

„...Die Lehren der Kirche und die christliche Ethik geben den Pflichten des Bürgers weiten Raum und erziehen die Gläubigen im Geist der Disziplin, Gerechtigkeit und Liebe, im Geiste der Achtung vor dem Gesetz und der Staatsgewalt. Der Grund für diese Lehre und Ethik liegt in dem Glauben an die Verantwortung des Menschen vor Gott für jeden seiner Gedanken und jede seiner Taten. Sie bindet den Menschen in seinem Gewissen, der innersten Norm menschlicher Tätigkeit.“

Die Verhaftung des Kardinals im Anschluß an sein unverblümtes Memorandum vom 8. Mai 1953 (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 84) und seine mutigen Predigten machten es offensichtlich, daß die Aufrechterhaltung seiner Linie dahin führen würde, daß die Bischöfe, einer nach dem anderen, beseitigt würden und die hierarchische Verfassung der Kirche in Polen zerstört würde. Es lag deshalb im Interesse der Kirche, das politische und gesellschaftliche System des Kommunismus als gegebene Tatsache anzuerkennen, diese Anerkennung in allen Dingen, die sich mit dem christlichen Gewissen vereinbaren lassen, auch auszusprechen und dadurch wenigstens das gottes-

dienstliche Leben der Kirche zu retten. Das war um so notwendiger, als die verschiedenen Gruppen „patriotischer“ Priester und Laien, die zwar nicht sehr zahlreich, aber dank ihrer Unterstützung durch die Regierung um so einflußreicher sind und in Rede und Schrift das Feld beherrschen, die Gefahr einer Spaltung unter den Katholiken heraufbeschworen oder doch wenigstens die Führung der Kirche an sich zu reißen drohten, wenn die Bischöfe abgesetzt würden.

So ist es den Bischöfen gelungen, ein weiteres Jahr lang das kirchliche Leben aufrechtzuerhalten und die Gläubigen wenigstens im engeren religiösen Bereich vor Gewissenskonflikten zu bewahren. Sie haben dafür allerdings einen sehr hohen Preis bezahlt, und erst die Zukunft kann erweisen, ob sie weitsichtig gehandelt haben.

Wachsender Einfluß der „patriotischen“ Katholiken

Zunächst ist durch ihr Verhalten die Autorität und der Einfluß der „patriotischen“ katholischen Gruppen gestärkt worden. Freilich beschränken diese im allgemeinen ihre Unterstützung des kommunistischen Systems auf zwei Anliegen: den Kampf für den „Frieden“, wie Moskau ihn führt, und die nationale Frage der „polnischen Westgebiete“, daneben noch auf einen dritten Bereich, den des wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufbaus. Die „katholischen Patrioten“ in Polen unterscheiden sich von ihren politischen Gesinnungsfreunden in der Tschechoslowakei dadurch, daß sie sich bisher nicht in offenen Gegensatz zur Kirche gebracht haben, was wiederum nur deshalb möglich war, weil der Episkopat sie gewähren läßt. Der Episkopat tut das, wie die vorhin erwähnte Erklärung von Bischof Klepacz zeigt, in der Hoffnung, daß jeder einzelne Gläubige in seinem Gewissen klar und stark genug sein wird, die Grenzen des eben noch Möglichen zu ziehen und die Grundsätze katholischen Glaubens und katholischer Sittlichkeit zu wahren.

Wenn man als Beobachter vom Ausland her geneigt ist, in einer solchen Kompromißbereitschaft eine Gefahr zu fürchten, sollte man doch nicht übersehen, daß das katholische Polen aus der Aufrechterhaltung des gottesdienstlichen Lebens, die dadurch bisher gewährleistet wurde, starke Impulse und Kräfte empfängt. Alle Ausländer, die in diesem Jahre nach Polen reisen konnten, bekunden übereinstimmend, daß das katholische Volk in der Teilnahme an den Gottesdiensten und im Empfang der Sakramente großen Eifer zeigt. Darauf beruht die Hoffnung, daß der Kommunismus in Polen vorläufig nicht wagen wird, ein Schisma einzuleiten oder das kirchliche Leben ganz zu unterdrücken.

Die kommunistische Strategie ist gezwungen, auf weite Sicht zu arbeiten. Sie versucht es mit einem langwierigen Umerziehungsprozeß, dessen Gegenstand die These von der Koexistenz des katholischen Glaubens und der marxistischen Gesellschaftsordnung ist. Diesem Zweck dient z. B. die Begründung einer Hochschule für Eltern in Warschau mit Außenstellen in den größeren Städten, die ihre Schüler mit den Grundsätzen marxistischer Erziehung vertraut machen soll, die aber natürlich zugleich auch der Bildung geistiger Zellen des Kommunismus überall im Lande dient. Ein anderes Experiment besteht in der Einrichtung einer katholischen Musterschule in Warschau für zunächst 200 Kinder. Dieses Gymnasium, eine Privatschule der „patriotischen Katholiken“, hat die Aufgabe, das Modell einer katholischen und zugleich marxistischen Erziehung zu schaffen.

Die neue Warschauer „Theologische Akademie“

Von besonderer Bedeutung aber sind die jüngsten Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Theologenerziehung. Schon mehrmals in diesem Jahre hatten „patriotische Priester“ darauf hingewiesen, daß die Theologen nicht genügend im Geiste der neuen Gesellschafts- und Staatsordnung ausgebildet würden. Im Herbst dieses Jahres wurden nun die theologischen Fakultäten in Krakau und Warschau geschlossen. So verschwindet eine der ältesten theologischen Schulen Europas; die Fakultät von Krakau wurde 1397 gegründet und hat einst einen weitreichenden geistigen Einfluß ausgeübt. Die Warschauer Fakultät wird in eine „Theologische Akademie“ umgewandelt und soll von dem bisherigen Dekan Johannes Czuj geleitet werden. Der neue Rektor ist eine der führenden Persönlichkeiten des ganzen „patriotischen Katholizismus“ in Polen. Schon diese Wahl, aber auch der Name des neuen Warschauer Institutes legt den Gedanken an die orthodoxe „Theologische Akademie“ in Sowjet-Rußland nahe, deren Zweck darin besteht, die Elite des Klerus in der Philosophie des Kommunismus zu erziehen. Als einzige theologische Universitätsfakultät für Theologen bleibt jetzt noch die an der Katholischen Universität Lublin bestehen. Nach Meldung der KIPA wurde aber auch ihr Lehrkörper durch fünf „patriotische Priester“ aufgefrischt. Die Universität Lublin hat, wie ihr Rektor anlässlich der Eröffnung des akademischen Jahres im November 1954 mitteilte, 1967 Studenten: 1197 studieren in der Fakultät für Geisteswissenschaften, 345 in der philosophischen, 254 in der theologischen und 28 in der kanonistischen Fakultät, der Rest besteht aus Gasthörern.

Wenn die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Polen im vergangenen Jahre nicht zum offenen Konflikt führten, soll das nicht heißen, daß nicht auch in diesem Jahre Schikanen und Verfolgungsmaßnahmen über die Kirche verhängt wurden. Dazu zählen Beschlagnahmen kirchlicher Klöster und Krankenhäuser. So wurde die Benediktinerabtei Grüssau, einer Meldung von KNA zufolge, in eine Kaserne umgewandelt. Die kirchliche Trauung wurde mit einer hohen Steuer belegt, um die Gläubigen davon abzuhalten. Es wurden Priester auf Grund des Staatsdekrets über die Besetzung geistlicher Stellen zwangsweise versetzt und eine erhebliche Zahl der in Haft befindlichen Priester zu Zwangsarbeiten eingesetzt. Im ganzen betrachtet, verbrachte aber die polnische Kirche das Jahr 1954 in einem labilen Zustand äußerer Ruhe, wenn auch nur der Ruhe eines Belagerungszustandes.

Chronik der tschechoslowakischen Kirchenverfolgung Mitte November 1954 wurden die Bischöfe Italiens, Frankreichs und Deutschlands sowie viele andere kirchliche Stellen durch einen Brief mit dem Absender „Ordinariat Kaschau“ überrascht. Der Brief enthielt einen gedruckten Aufruf an die Katholiken Westeuropas und ein ebenfalls gedrucktes Begleitschreiben mit den Unterschriften des Bischofs von Königgrätz, Msgr. Picha, und des Apostolischen Administrators von Kaschau, Msgr. Čársky. Das Begleitschreiben wendet sich an die Bischöfe der genannten Länder und teilt mit, daß das Originaldokument des beigefügten Aufrufs an das Päpstliche Staatssekretariat gesandt worden sei. Der Aufruf trägt achtzehn, nach dem Original faksimilierte Unterschriften unter Beifügung von sechzehn Dienstsiegeln. An der Spitze stehen die Namen der Bischöfe Picha und Čársky,

des Weihbischofs von Prag, Eltschkner, der Apostolischen Administratoren von Neutra, Bischof Nécsey, und von Tyrnau, Bischof Lazik, des Apostolischen Administrators von Teschen, Onderek. Die übrigen Unterzeichner sind Domkapitulare und Professoren. Nur einer von den zahlreichen „Kapitular- und Generalvikaren“ des Landes ist dabei, Msgr. Kratochvil von Brünn.

Der Aufruf beschwört die westeuropäischen Katholiken, sich gegen das Militärbündnis der westlichen Mächte und gegen die deutsche Wiederaufrüstung einzusetzen. In der Einleitung betonen die Unterzeichner ihre Treue gegenüber dem Apostolischen Stuhl und der Kirche. Aus der Sorge, die Kirche „in den Stürmen der Geschichte vor Schaden zu bewahren“, fordern sie Verhandlungen zwischen West und Ost, ehe Europa in zwei „Kriegsblöcke“ zerfällt. Ziel der Verhandlungen müsse es sein, daß die europäischen Völker „in Frieden als gute Nachbarn leben“ und „nebeneinander“ existieren. Die Unterzeichner erinnern an die letzte Osterbotschaft des Papstes (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 411) und seine Rede vor dem Ärztekongreß (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 76) mit den Warnungen vor dem ABC-Krieg und betonen die Verpflichtung der Katholiken, alles zu tun, was die Gefahr eines Krieges vermindern kann. Sie erinnern die Bischöfe Frankreichs an den „Erbfeind, den deutschen Militarismus“, und fragen die deutschen Bischöfe, wie man es sich erklären solle, daß „der nazistische Antichrist von neuem sein Haupt erhebt“, während Vertreter christlicher Parteien an der Spitze des Landes stehen. Sie rufen dann schließlich auf zu gemeinsamem Gebet um eine „friedliche Lösung aller brennenden Fragen“, damit es nicht „zu der verheerenden Entzweiung komme, die notwendigerweise zu brudermörderischem Krieg führen muß“.

Der Aufruf geht zweifellos auf die Initiative der Regierung zurück. Dafür spricht erstens der zeitliche Zusammenhang mit der von Moskau einberufenen europäischen Konferenz, zweitens die Tatsache, daß keiner der tschechoslowakischen Oberhirten ohne Genehmigung des Regierungskommissars, der ihn zu überwachen hat, einen Brief schreiben darf, drittens, daß die katholische Kirche gar nicht die Mittel besitzt, um die Kosten einer solchen Aktion zu tragen. Der „Osservatore Romano“ bezeichnete den Aufruf deshalb als ein politisches Manöver der Kommunisten, das schon darum schlecht angelegt ist, weil es die Empfänger an das Schicksal aller derjenigen Bischöfe erinnert, deren Unterschriften fehlen: Erzbischof Beran von Prag, Erzbischof Matocha von Olmütz, Bischof Skoupy von Brünn, Bischof Hlouch von Budweis, Bischof Trochta von Leitmeritz, Bischof Vojtasak von Zips, Bischof Pobožny von Rosenau und Bischof Gojdic von Preschau. Fast alle von ihnen sind im Gefängnis oder verschleppt, der Olmützer Erzbischof ist interniert. Aus einem anderen Grunde fehlen die Unterschriften der rechtmäßigen Vertreter dieser Bischöfe: sie haben keine solchen Vertreter. Ihre Diözesen werden von Regierungsvikaren verwaltet, von denen einer namentlich exkommuniziert ist, der Vikar Dechet in Neusohl, die übrigen aber keine einwandfreie Jurisdiktion besitzen, wenn sie sich nicht sogar als Usurpatoren kirchlicher Ämter strafbar gemacht haben. Jedenfalls hat man es nicht für gut befunden, den Aufruf mit der Unterschrift so fragwürdiger Personen zu belasten. Nur der Vikar von Brünn, Kratochvil, wurde zugelassen, vielleicht weil er schon früher Prälat war.

So weiß man in Prag sehr genau zu unterscheiden zwischen kirchlichen Würdenträgern, die man dem Ausland vorstellen kann, und anderen, die nur für das Inland und den sowjetischen Machtbereich brauchbar sind. Aber auch im Lande selbst haben die von der Regierung eingesetzten Bistumsverwalter und ihr Anhang anscheinend keinen leichten Stand gegenüber den Gläubigen. Aus Prag wird berichtet, daß der St.-Veits-Dom von den Gläubigen sichtlich gemieden wird, weil das Kapitel, dem Weihbischof Eltschkner vorsteht, dem ferner der Kapitularkvikar Stehlik angehört, nicht mehr als legitim betrachtet wird. Ein anderes Ereignis, das denselben Schluß zuläßt, berichtete der „Osservatore Romano“ am 18. September nach einer Meldung der Zeitung „Zar“ aus Pardubitz. Die Zeitung meldete die Verurteilung zweier Priester, die eines Komplottes beschuldigt wurden. Ihr Anschlag bestand darin, daß sie die Rechtmäßigkeit der Gewalt ihres Bistumsverwesers in Frage gestellt hatten. Es ist aufschlußreich, daß hier ein Akt kirchlicher „Insubordination“ zum Gegenstand staatlicher Verurteilung gemacht wurde. Das entspricht nicht dem Prinzip der Trennung von Kirche und Staat, sondern dem Grundsatz des Staatskirchentums: die von der Regierung eingesetzten Kirchenbeamten regieren die Kirche kraft staatlichen Rechtes.

Diese Methode, den Kampf gegen die Kirche zu führen, gründet auf einer Furcht und einer Hoffnung. Die Kommunisten fürchten selbst in der Tschechei, vor allem aber in der Slowakei, daß eine vollständige Unterdrückung der katholischen Kirche ihre Macht überfordern würde. Namentlich aus der Slowakei kommen immer wieder Nachrichten, die von Sabotage und Partisanentätigkeit erzählen. Umfassende Gewaltsamkeit bei der Unterdrückung des Glaubens könnte wohl eine Revolution auslösen. So vertraut man einer Hoffnung. Sie besteht darin, daß die staatliche Lenkung der Kirche, verbunden mit schärfster Überwachung und Isolierung jedes einzelnen Geistlichen und mit der Erziehung des geistlichen Nachwuchses in den beiden einzigen, staatlich gelenkten Seminaren von Leitmeritz und Preßburg, auf lange Sicht den katholischen Glauben zum Erliegen oder zur Umwandlung in einen kommunistisch-orthodoxen Glauben bringen wird. Bisher scheinen die Kommunisten von ihren Erfolgen mit dieser Methode nicht sehr befriedigt zu sein. Als Beweis für ihre Unzufriedenheit kann ein Aufsatz in der Zeitschrift „Nova Mysl“ gelten, der sich über die mangelnde Organisation des antireligiösen Kampfes beklagt. „Aberglaube und Obskurantismus“, die sich in Festen, Wallfahrten und Prozessionen bekunden, hemmen nach dieser Zeitschrift das wirtschaftliche Leben. Und nun kommt ein Vorschlag, den man sich gut merken muß. Das Blatt fordert als Heilmittel gegen den „Aberglauben“ die radikale Durchführung der kollektivistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Solange die Privatinitiative Möglichkeiten zur Entfaltung hat, bleiben alle Bemühungen, das Christentum durch den Marxismus zu ersetzen, erfolglos. Das müßte alle diejenigen nachdenklich machen, die von der Vereinbarkeit der kommunistischen Gesellschaftsform mit dem Christentum sprechen.

Der Aufruf der tschechoslowakischen Bischöfe und Geistlichen spricht davon, daß die Politik der militärischen Allianz im Westen schließlich „die christliche Moral und Zivilisation in Europa zersetzen und begraben würde“, daß wir uns vielmehr um „der Rettung der Kirche Christi

in Europa willen“ zu einem anderen System gegenseitiger Sicherheitsgarantie bekennen müßten, womit nach Lage der Dinge nur das sowjetische gemeint sein kann, obwohl vermieden wurde, das auszusprechen. Dieser Gedanke könnte aber nur dann überzeugen, wenn die religiöse Lage jenseits des Eisernen Vorhanges und namentlich in der Tschechoslowakei seitens der dortigen Machthaber im Sinne jenes „wahren und allgemeinen Friedens“ geordnet würde, für den der Aufruf plädiert. Wer dort den Gläubigen den Frieden des Gewissens vorenthält, kann nicht erwarten, in der übrigen Welt Vertrauen zu erwecken, wenn er ihr den Frieden anbietet.

Aus Amerika

Die Zusammenarbeit der Wirtschaftspartner Die Bischofskommission für die Soziale Aktion im Rahmen der amerikanischen National Catholic Welfare Conference ließ zum diesjährigen „Tag der Arbeit“ eine Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter herausgeben. Die Bischöfe bekunden ihre Freude über die guten Fortschritte des Kollektivvertragswesens in der amerikanischen Industrie, in dem sie den Weg zu einer berufsständischen Ordnung erblicken.

Die Erklärung macht sich die Auffassung eines amerikanischen Volkswirtschaftlers zu eigen, wonach „der Erfolg oder Mißerfolg der privaten Kollektivverträge wahrscheinlich das Schicksal unseres Wirtschaftssystems im ganzen entscheidet“. Sie stellt fest, daß die gute Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftspartnern heute nicht mehr allein Lohnfragen zum Gegenstand von Verträgen macht, sondern daß sie sich auf das ganze Wirtschaftsleben und über das ganze Land hin erstreckt. In wichtigen Wirtschaftszweigen könne man schon von einer wirklichen „Gemeinschaft“ sprechen.

„Das Kollektivvertragswesen, wie es sich nach Inhalt und Zielsetzung ausbreitet, nimmt allmählich den Charakter einer organisierten Zusammenarbeit zwischen Arbeit und Unternehmen zum Zweck der gewissenhaften Anwendung sittlicher Grundsätze auf die schwierigen und immer neuen Probleme der amerikanischen Industrie an. Unter anderem beinhaltet dieser Zweck gemeinsame Bemühungen von Arbeitern und Unternehmern zur Steigerung der Produktivität, zu einer möglichst gerechten Verteilung des Einkommens auf die Masse des Volkes und zur Stabilität der Preise. Ferner schließt er in sich die zielbewußte Anstrengung von Arbeit und Unternehmen, in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Landwirtschaft und der freien Berufe die richtige Proportion zwischen den Löhnen und Gehältern sowie den Preisen im ganzen herzustellen.“ So entspreche die Entwicklung den Grundsätzen Papst Pius' XI. in *Quadragesimo anno*.

Die Erklärung fordert die Beteiligten auf, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen, damit daraus allmählich eine gemeinsame Planung des ganzen Wirtschaftslebens auf der Grundlage der Freiwilligkeit hervorgehe. „In manchen anderen Teilen der Welt hat man allzu voreilig gemeint, daß die Wirtschaftsplanung zu Gunsten des allgemeinen Wohls in erster Linie die Aufgabe der Regierung und erst in zweiter Linie, wenn überhaupt, zur Verantwortung der freien Vereinigungen der Arbeiter und Unternehmer zu rechnen sei. Das hat zu verschiedenen Formen und Graden von Etatismus geführt, die zwar in unterschied-

licher Weise zu beanstanden, von denen aber, mindestens vom Gesichtspunkt der katholischen Soziallehre, keine wünschenswert ist. Auch in den Vereinigten Staaten bestand bei beiden politischen Parteien eine Tendenz zur Übertreibung der Rolle der Regierung bei der Planung der Vollbeschäftigung... Das ist eine unpersönliche, wenn nicht eine unsittliche Betrachtungsweise des Problems der wirtschaftlichen Planung und des sozialen Aufbaus. Sie ignoriert mehr oder weniger die Tatsache, daß Arbeit und Unternehmertum mittels der Zusammenarbeit ihrer freien Vereinigungen in erster Linie für die Anwendung der sittlichen Grundsätze auf die wechselnden Situationen des Wirtschaftslebens verantwortlich sind.“ Selbstverständlich soll damit die Verpflichtung des Staates zu einer vernünftigen Gestaltung des Steuer- und Währungswesens und auch zu anderen Maßnahmen, die als Voraussetzung des Wirtschaftslebens zu betrachten sind, nicht geleugnet werden. Aber die Staatsintervention muß subsidiären Charakter behalten und nicht wirtschaftsbestimmend werden wollen.

Die Erklärung stellt fest, daß im Vergleich zu früheren Zeiten die Verständigung zwischen den beiden Wirtschaftspartnern heute einen Höhepunkt freundschaftlicher Zusammenarbeit erreicht habe. Sie sei eine Verwirklichung der Brüderschaft unter den Menschen, die auf die übrige Welt nicht ohne Eindruck bleiben könne.

Der Kampf zwischen Kirche und Staat in Argentinien Bei der strengen Zensur, der die gesamte Presse in Argentinien unterliegt, war sowohl die breitere argentinische Öffentlichkeit wie das ganze Ausland sehr überrascht, als General Perón, der argentinische Diktator, in einer Radiorede am 10. November schwere Anklagen gegen einige hervorragende Vertreter der katholischen Kirche in Argentinien erhob, wenn man auch in gewissen katholischen Kreisen des Landes schon seit geraumer Zeit auf einen solchen Ausbruch gefaßt war. Nach außen hin hatte bisher das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in der Diktatur Peróns den Eindruck enger Verbundenheit und harmonischer Zusammenarbeit gemacht. Die argentinische Verfassung enthält einen Paragraphen über Religionsfreiheit, hat aber die katholische Religion zur Staatsreligion erklärt. Das Land ist fast völlig katholisch, wenn der Katholizismus Argentiniens auch an allen Schwächen des lateinamerikanischen Katholizismus überhaupt teilnimmt. Die Lauheit der gebildeten Schichten war im 19. Jahrhundert so groß geworden, daß 1884 der Religionsunterricht in den staatlichen oder staatlich subventionierten Schulen abgeschafft wurde. Er ist jedoch 1943 wieder eingeführt worden, und die Regierung Perón hat diese Maßnahme durch ihr Parlament im Jahre 1946 ausdrücklich bestätigen lassen. General Perón zeigte sich der Kirche günstig gesinnt und betonte seine persönliche Glaubensstreu. Er brauchte die Unterstützung der Kirche, die beim einfachen Volk — trotz dessen abgründiger religiöser Unwissenheit — zumal im Innern des Landes noch einen großen, ja entscheidenden Einfluß besitzt. Daß sich das Verhältnis des Diktators und seiner Partei zur Kirche im Laufe der Zeit erheblich abkühlte, blieb der Öffentlichkeit bis vor kurzem verborgen.

Gründe der gespannten Lage

Während der diktatorische Staat von der Kirche Unterstützung seines Regimes erwartete, konnte die Kirche sich naturgemäß nicht von außen die Grenzen ihrer Tätigkeit

vorschreiben lassen, zumal sich endlich auch in Argentinien neue religiöse Kräfte zu rühren begannen. Die Katholische Aktion begann eine lebhaftere Tätigkeit zu entfalten und insbesondere die christliche Soziallehre zu verbreiten. Sie nahm auch Stellung gegen gewisse Gesetzesänderungen, die von der Regierung durchgeführt wurden oder vorbereitet werden, z. B. gegen die Gleichstellung der unehelichen und ehelichen Kinder im Zivilrecht und gegen die Einführung der Ehescheidung, wodurch sie sich in den Regierungskreisen, die diese Gesetze befürworteten, unbeliebt machte. In Gewerkschaftskreisen, in denen sich eine wachsende Mißstimmung gegenüber der Einheitsgewerkschaft bemerkbar macht, ist eine Bewegung entstanden, die auf die Gründung christlicher Gewerkschaften drängt; man vermutet, daß die Christliche Gewerkschaftsinternationale, die ihre Zentrale in Brüssel hat, aber vor einiger Zeit eine Zweigstelle für Lateinamerika in Santiago de Chile gründete, von hier aus diese Bewegung unterstützt. In der Arbeiterschaft übt die Christliche Arbeiterjugend eine rege Tätigkeit aus. Gegen diese richteten sich offenbar scharfe Bemerkungen Peróns, der gewisse „religiöse Linien“ in der Arbeiterschaft schon im September verurteilte. Perón, dessen Regime sich vor allem auf die Arbeiterschaft, insbesondere die Gewerkschaften stützt, fürchtet naturgemäß eine Spaltung dieser Kräfte. Schließlich hat sich in letzter Zeit eine offenbar bereits ziemlich weitgreifende Bewegung zur Gründung einer christlich-demokratischen Partei bemerkbar gemacht, in der führende katholische Laien eine Rolle spielen und die von hohen kirchlichen Stellen ermuntert worden ist. (Peróns Diktatur ist kein Einparteiensystem; es bestehen Oppositionsparteien, die allerdings keinerlei entscheidende Rolle spielen.) Daß alle diese Aktivitäten selbständiger Gruppen bereits eine beachtliche Bedeutung gewonnen haben müssen, geht eben aus dem Angriff hervor, den Perón gegen sie mit seiner Rede vom 10. November eingeleitet hat.

Schon beim letzten argentinischen Revolutionsfest am 17. Oktober hatte Perón heftige Worte über „einige Priester“ fallen lassen, die eine gesteigerte politische Aktivität entfalteteten. Seither war fast kein Tag vergangen, ohne daß in der von der Regierung inspirierten Presse Artikel über Kirche und Politik mit oft sehr scharfen Angriffen erschienen. Besonders die Einmischung der Kirche — Priester und Laien — in die Probleme der Arbeiterwelt wurden aufs schärfste kritisiert.

Im Anschluß an die alljährliche Frühjahrskonferenz der Vollversammlung des argentinischen Episkopats Anfang November (Argentinien hat Frühling, wenn auf der nördlichen Halbkugel Herbst ist) haben die Bischöfe bei dem anschließenden üblichen Regierungsempfang dem Staatsoberhaupt die Position der Kirche hinsichtlich der Katholischen Aktion und der Aufgaben des sozialen Apostolats mit aller wünschenswerten Klarheit und Festigkeit dargelegt. Man hat keine offiziellen Informationen über dieses Gespräch; es scheint jedoch, daß der Präsident den Bischöfen recht geben mußte und daß es so aussah, als ob die Angelegenheit damit erledigt wäre. Um so überraschender war es, daß Perón kaum acht Tage später, am 10. November, seine Provinzgouverneure und den Ministerrat zusammenrief und vor ihnen eine — durch den Rundfunk über das ganze Land verbreitete — Rede hielt, in der er mit verschärften Vorwürfen hervortrat. Beides: die unerwartete Zusammenrufung der Provinzgouverneure (mit denen der Staatschef offenbar zwölf volle

Stunden lang beraten hat) und die Übertragung einer an diese gerichtete Rede durch den Rundfunk, ist durchaus ungewöhnlich.

Beschuldigungen

In dieser Rede vom 10. November betonte Perón mehrmals erregt, es sei nun der Augenblick gekommen, um gegen die Verpolitisierung der Kirche einzuschreiten. Er beschuldigte verschiedene hohe kirchliche Würdenträger, sich in die Politik einmischen zu wollen und auch ihre Geistlichen nicht von politischer Tätigkeit zurückzuhalten. Angegriffen wurden namentlich die Erzbischöfe Nicolás Fasolino von Santa Fé und Fermín Lafitte von Córdoba sowie Bischof Froilán Ferreira Reinafé von La Rioja, alles geborene Argentinier und langjährige Mitglieder der Hierarchie. Auch einen spanischen und zwei italienische Priester nannte Perón, die er mit Hilfe des Apostolischen Nuntius, Msgr. Zanin, des Landes zu verweisen hoffte. Die Vorwürfe lauteten auf „Intrigen“ und auf „klerikale Infiltration“ in Gewerkschaften und Berufsverbände sowie auf die Bestrebungen zur Gründung einer christlich-demokratischen Partei. Die Provinz Córdoba wurde dabei „Zentrum der staatsfeindlichen Umtriebe des Klerus“ genannt. Sie hat unter Führung ihrer Universität — der ältesten des Landes — stets eine hervorragende Rolle im geistigen Leben der Nation gespielt.

Die beiden beschuldigten Erzbischöfe und der Bischof sind dadurch bekannt, daß sie mit besonderem Nachdruck die Soziallehren der Kirche in Argentinien verkündet haben. Zumal der Bischof von La Rioja wird im ganzen Lande verehrt, weil er in der ärmsten Provinz des Landes wahrhaft apostolisch gewirkt und die Sozialfragen dem Gewissen der Öffentlichkeit eingehämmert hat.

Bald nach der Rede Peróns vom 10. November erließ der Oberste Rat der Peronistenpartei eine Warnung vor „falschen Katholiken und schlechten Priestern“ und vor „klerikalen Elementen, deren Aggressivität sie zu Feinden der Partei macht“. Die staatlichen Gewerkschaften, allen voran die der Eisenbahner, beschlossen, zu ihren Feierlichkeiten künftig keine Priester mehr zuzulassen, ja selbst nicht mehr, wie es bisher üblich war, Seelenmessen für Eva Perón lesen zu lassen, um „den Geist der justizialistischen Revolution nicht zu verfälschen“. Der Generalsekretär des staatlichen Gewerkschaftsverbandes rief in einer Rundfunkrede nochmals zu „erhöhter Wachsamkeit gegenüber allen klerikalen Elementen“ auf.

Kirchenfeindliche Maßnahmen

In der Provinz Córdoba wurde ein Reichskommissar eingesetzt mit der Begründung, die dortige Verwaltung der Gewerkschaften und der Universität Córdoba befände sich in Händen des Klerus. Sämtliche Minister der Provinzialregierung und die meisten höheren Beamten boten dem Gouverneur ihren Rücktritt an. Der Rektor der Universität Córdoba und die Dekane der juristischen, medizinischen und philosophischen Fakultät sind zurückgetreten. Die Polizei führte in Córdoba bei einem katholischen Verband eine Haussuchung durch, beschlagnahmte eine Anzahl katholischer Schriften und verhaftete neun Personen, darunter zwei Priester. Das katholische „Ateneo Universitario“ der Universitäten Córdoba und Santa Fé wurde polizeilich geschlossen, weil dort „staatsfeindliche Umtriebe und Tendenzen gefördert“ würden. Der argentinische Staatssender strich sämtliche religiösen Sendungen sowie das allabendliche Rosenkranzgebet aus

seinem Programm. Die argentinische Bundespolizei entließ eine Anzahl Kapläne aus ihrem Dienst. Ein Bericht aus Buenos Aires sagt, drei in der Provinz Córdoba verhaftete Priester sowie der von Perón mit Namen genannte spanische Priester seien in das Staatsgefängnis von Villa Devoto (Provinz Buenos Aires) überführt worden, wo sie in der berüchtigten Sektion V mit 200 Universitätsstudenten und 36 guatemaltekischen Exilierten zusammen inhaftiert seien (Deutsche Kommentare, 4. Dezember 1954). Der Bischof von San Luis sah sich genötigt, in einem Hirtenbrief die Unschuld zahlreicher Priester seiner Diözese, die „staatsfeindlicher Umtriebe“ bezichtigt worden waren, eidesstattlich zu versichern und gegen ihre Gefangennahme Protest einzulegen. Die Beweise ließ er durch den Nuntius der Regierung vorlegen. In La Rioja wurde der Bruder des Bischofs, der Arzt Armando Reinafé, aus dem staatlichen Gesundheitsdienst entlassen und verhaftet. Die argentinische Regierung erklärte ausdrücklich, daß das im vorigen Jahre erlassene Amnestiegesetz auf die verhafteten Priester nicht angewendet werden würde, sondern daß diese wegen „Vorbereitung zum Komplott“ standrechtlich abgeurteilt werden würden. (In Argentinien besteht seit 1951 der Ausnahmezustand.)

Ein entscheidender Schlag soll auch gegen die katholischen Schulen geführt werden. Anfang Dezember gab Präsident Perón ein Dekret heraus, das den Religionsunterricht neu regelt. Das Dekret schafft den Nationalausschuß für Religionsunterricht und die Generalinspektion der religiösen Erziehung, die den Religionsunterricht in den Schulen überwachte, ab, und überweist deren Funktionen dem Unterrichtsministerium. Das Dekret ändert auch die Form der Berufung von Religionslehrern für den etwa noch weitergeführten Religionsunterricht in der Zukunft. Bisher legte die Regierung die Namen der Religionslehrer, ob sie nun Priester oder Laien waren, vor ihrer Einstellung dem örtlichen Bischof zur Billigung vor. Das neue Dekret stellt fest, daß diese Regelung „die ausschließliche Autorität der dazu bestimmten Exekutivgewalt beeinträchtigt, da sie die vorangehende Billigung kirchlicher Stellen vorsehe“. Religion ist auch als Prüfungsfach aus der Prüfungsordnung verschwunden. Mit Beginn des neuen Schuljahrs im März 1955 werden also an allen argentinischen Schulen sogenannte „Consejero espirituales“ (geistige Berater) eingesetzt werden, um die „totale Erziehung an Körper, Geist und Seele im Sinne der justizialistischen Staatsdoktrin“ in die Hand zu nehmen. Die geistigen Berater werden sich aus dem Personal der Eva-Perón-Stiftung rekrutieren. Zugleich werden den sogenannten „inkorporierten“ katholischen Schulen die staatlichen Subventionen gestrichen, den drei bisher noch nicht „inkorporierten“ Jesuitenkollegien das ihnen bisher gewährte Privileg zur Erteilung des Reifezeugnisses entzogen. An allen katholischen Schulen werden die Examen demnächst von staatlichen Kommissionen abgenommen. Mitte Dezember ist dann auch das Gesetz zur Einführung der Ehescheidung durchgegangen.

Zu diesen einschneidenden Maßnahmen sind noch allerlei einzelne „Zwischenfälle“ getreten. So hat die Polizei durch Sperrung der Kathedrale die Feier des 27jährigen Priesterjubiläums Erzbischof Lafittes in Córdoba unmöglich gemacht. In Buenos Aires hat ein Priester in seiner Predigt die kirchenfeindlichen Maßnahmen der Regierung Perón mit denen Hitlers verglichen. Es kam zu Tumulten, gab einige Verletzte, und der Priester ist inhaftiert und zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Auch sind einige, z. T. schon alte Sittlichkeitsvergehen von Priestern oder führenden katholischen Laien zu anti-kirchlicher Propaganda hervorgezogen worden.

Wenn man anfangs nach dem 10. November noch den Versicherungen Peróns und den Briefen der argentinischen Regierung an ihre sämtlichen Vertretungen im Ausland glauben konnte, es handle sich nicht um eine Spannung zwischen Kirche und Staat, sondern nur um eine solche zwischen gewissen Organisationen und „einigen ungetreuen Priestern“, so ist doch inzwischen wohl eindeutig klar geworden, daß es sich um einen Versuch handelt, die Kirche vollständig aus dem öffentlichen Leben des Landes auszuschalten, einen Versuch, der wahrscheinlich schon seit langem vorbereitet worden ist.

Die Stellungnahme des Episkopats

Sogleich nach den Anschuldigungen Peróns in der Rede vom 10. November hat der argentinische Episkopat beschlossen, eine außerordentliche Bischofskonferenz einzuberufen. Diese wandte sich zunächst in einem von 13 Kardinälen, Erzbischöfen und Bischöfen im Namen des gesamten Episkopats unterzeichneten offenen Brief, der am 22. November dem Kultusminister übergeben wurde, an das Staatsoberhaupt. In diesem Brief erinnert der Episkopat zunächst an die Atmosphäre des Friedens, in der sich die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat bisher unter dem Regime Peróns abgespielt habe. Er erinnert an Worte Peróns, in denen dieser die Wohltaten der Religion und der christlichen Moral bei der Bildung des Gewissens gepriesen habe. Dann verlangt er vor allem eine genaue Präzisierung der Vorwürfe, die Perón gegen „eine sehr kleine Zahl von Priestern“ erhoben habe, damit der Episkopat deren Berechtigung prüfen und die geeigneten Maßnahmen treffen könne. „Angesichts der feindlichen Kräfte“, heißt es weiter, „die sich nicht nur den religiösen Zusammenkünften, sondern auch der Betätigung der Katholiken entgegenstellen könnten, fühlen wir uns beruhigt durch die Worte, die Ihre Exzellenz anlässlich der Schlußfeier des Ersten Kongresses des religiösen Unterrichts gesprochen hat: Als Katholik empfinde ich eine ganz große Befriedigung angesichts der von Ihnen erfüllten Aufgabe, und als Diener der christlichen Lehre empfinde ich ebenso eine ganz große Befriedigung, daran mitarbeiten zu können, sie in unserer Gemeinschaft zur Geltung zu bringen.“ Der argentinische Episkopat bestätigt dann, daß die Kirche, ihre Bischöfe, der Klerus und die katholischen Institutionen als solche gemäß den Normen der heiligen Kirche nicht auf politischem Gebiet handeln können. Um so mehr schmerzt es ihn, wenn gegen drei seiner Mitglieder derartige Anschuldigungen erhoben werden.

Kurz darauf, am 25. November, übergab der argentinische Episkopat der Öffentlichkeit einen gemeinsamen Hirtenbrief, der von Kardinal Copello, Erzbischof von Buenos Aires, und den meisten argentinischen Bischöfen unterzeichnet ist. Auch die Nichtunterzeichneten, die am Kommen verhindert waren, haben ihr Einverständnis erklärt. Der Hirtenbrief ist an den beiden folgenden Sonntagen, am 28. November und 5. Dezember, von allen Kanzeln des Landes verlesen worden.

Der Hirtenbrief dankt zunächst den Priestern und Gläubigen, daß sie ihre Anhänglichkeit und Liebe zur Kirche anlässlich des Streites zum Ausdruck gebracht haben. Sie wiederholen dann die Forderung, die Anklagen gegen die Priester möchten klar formuliert werden, damit sie ge-

gebenenfalls einschreiten könnten. Alle hätten die Pflicht, die rechtmäßige Obrigkeit zu achten, und die Priester dürften sich nicht vom Wirbelsturm politischer Leidenschaften mit fortreißen lassen.

Aber das besage nicht, daß die Kirche sich in ihren Lehren nur auf den Kirchenraum beschränken müsse. Sie habe im Gegenteil die Pflicht, das Evangelium nach dem Auftrag ihres göttlichen Gründers überall zu verkünden und die Grundsätze der katholischen Lehre immer dann zu verteidigen, wenn sie angegriffen werden. Dafür dürfe man sie nicht der Einmischung in Parteipolitik bezichtigen. „Man kann uns“, fährt der Hirtenbrief fort, „die Türen zu vielen Kreisen unseres Volkes verschließen. Wir bedauern es dann, dort nicht mehr wirken und unsre Pflicht erfüllen zu können. Wenn wir, Bischöfe und Priester, die wir zum größten Teil Söhne von Arbeitern sind, mit ihnen unseres geistlichen Amtes wegen in enger Verbindung standen, so deswegen, weil wir damit einem ausdrücklichen Wunsch entsprachen. Dabei hegten wir keine Hintergedanken, und nicht ein menschlicher, sondern ein höherer, übernatürlicher Beweggrund, nämlich der, ihren Glauben zu stärken und so sehr zu erleuchten, wie er nur erleuchtet werden kann und muß, damit sie als Christen ihre Aufgabe erfüllen können, hat unser priesterliches Wort und unser Handeln geleitet.“ Gegenüber dem Kommunismus, gegenüber dem Zwang, die Kinder in eine staatliche Schule zu schicken, und gegenüber den Bestrebungen zur Erleichterung der Ehescheidung könne kein Priester gleichgültig bleiben, sondern müsse die ruhige und sachliche Verteidigung der ewigen Werte übernehmen. Eine solche Verteidigung bedeute keine Begünstigung der politischen Opposition; sie sei eine pflichtgemäße Verteidigung des Altars (nach KNA, 4. Dez. 1954).

Verbot religiöser Feste

Das gläubige Volk Argentiniens hat auf die Angriffe gegen die Kirche mit einer besonders eifrigen und zahlreichen Teilnahme an den überall abgehaltenen Volksmissionen zur Beendigung des Marianischen Jahres und mit großen öffentlichen Prozessionen reagiert. In Buenos Aires wurde jedoch eine große Prozession durch die Unterstadt am 9. Dezember verboten, und auch eine Messe im Freien auf der Plaza de Mayo durfte nicht gefeiert werden. Die Messe wurde dann stattdessen in die nahegelegene Kathedrale verlegt; doch blieben hunderttausende auf dem Platz und folgten dem Gottesdienst, der durch Lautsprecher übertragen wurde. Daraufhin hat das Innenministerium sämtliche kirchliche Handlungen außerhalb der Kirchen selber verboten. Selbst die in Argentinien als Volksfeste gefeierten Kirchweihfeste sind polizeilich untersagt worden.

Noch keine Stellungnahme Roms

Schon am 19. November meldete „Catholic Herald“, es sei sicher, daß eine Aussprache zwischen Perón und dem Apostolischen Nuntius in Argentinien, Msgr. Zanin, stattgefunden habe. Andererseits weiß man auch, daß einer der in der Rede vom 10. November angeklagten kirchlichen Würdenträger, Erzbischof Fasolino von Santa Fé, bereits am 12. November nach Rom abgereist ist. Eine Stellungnahme des Hl. Stuhls zu den argentinischen Vorgängen liegt jedoch bis jetzt nicht vor, soweit man nicht die Ansprache Papst Pius' XII. vom 2. November über das Hirtenamt der Bischöfe als eine solche ansehen soll (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 123 ff.).

**Die Missionsgebets-
meinungen für das
Jahr 1955**

Januar: Für Einheit und Wachstum des Christentums in Malabar; Februar: Für die Ausbreitung der Kirche in der Zentralafrikanischen Föderation (Rhodesia und Nyassaland);
März: Für die Kirche in Pakistan;
April: Für die unter Buddhisten lebenden Christen;
Mai: Für Zunahme der Priester- und Ordensberufe auf den Philippinen;
Juni: Für die chinesische Jugend;
Juli: Für die Schulung der Laien der Missionsländer zum Apostolat;
August: Daß Ehe und Familienleben in Asien von christlichen Grundsätzen durchdrungen werden;
September: Daß in der kulturellen Hebung der Völker der christlichen Erziehung der erste Platz eingeräumt werde;
Oktober: Daß Fortschritt und Schwung missionarischer Arbeit, besonders in Afrika, nicht durch Mangel an Geld und Arbeitskräften aufgehalten werden;
November: Für die Missionen unter den Indios und Negeren in Südamerika;
Dezember: Daß die studierende Jugend Japans nach gesunden Grundsätzen gebildet werde, die zur Erkenntnis der Wahrheit führen.

**Das Wachstum der
Kirche in der
Zentralafrikanischen
Föderation.
Missionsgebets-
meinung für
Februar 1955**

Am 1. August 1953 trat im Herzen Afrikas das neue politische Großraumgebilde der Zentralafrikanischen Föderation ins Leben. In ihr sind das bis nahe an den vollen Dominionstatus gelangte Südrhodesien und die bisherigen Protektorate Nordrhodesien und Nyassaland zu einer engeren Lebensgemeinschaft zusammengeschlossen, die auf einem Raum von der zehnfachen Größe Englands 7 Millionen Menschen erfaßt, von denen nur 210 000 Weiße sind. Obwohl die Schwarzen bei der Bildung der Föderation weder um ihre Meinung befragt wurden, noch im Parlament der Union irgendwie beachtlich vertreten sind, soll die Seele dieses vorläufig noch von London aus beaufsichtigten Gebildes die Partnerschaft von Weiß und Schwarz sein. Man denkt sich die Dinge so, daß diese Afrikaner, von denen man sagt, daß sie kulturell noch 25 Jahre hinter der Entwicklung ihrer Landsleute an der Goldküste zurückstehen, stufenweise zur Mitverantwortung erzogen werden. Andererseits soll es bei der bisherigen weißen Einwanderung nicht bleiben. Große Teile des Landes haben ein für Weiße günstiges Klima, und die technische Erschließung und Entwicklung des Gebietes ist ohne diese tatkräftige Hilfe des Weißen Mannes nicht möglich. Würde die Einwanderung der Weißen in den Grenzen der wirtschaftlichen Entwicklungsnotwendigkeiten gehalten werden und würde man dabei immer von dem Grundsatz ausgehen, daß diese im Dienste der schwarzen Bevölkerung zu stehen habe, so gäbe es im Zeitalter des antieuropäischen Affekts in Afrika gewiß genug Schwierigkeiten. Komplizierter wird aber die Lage, wenn man Britisch-Zentralafrika als Aufnahmeland für eine massive weiße Einwanderung in Aussicht nimmt, in dem die harmonische Partnerschaft von Weiß und Schwarz vorexerziert werden soll. Man hat ausgerechnet, daß Nordrhodesien,

dessen weiße Bevölkerung besonders im sogenannten Copperbelt, dem zweitreichsten Kupferproduktionsgebiet der Welt, stark wächst, „leicht eine Million Weiße aufnehmen“ könne. Ja es ist dargetan worden, daß Britisch-Zentralafrika bei voller Entfaltung seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten neben 150 Millionen Schwarzen 150 Millionen Weiße ernähren könne. Der Ministerpräsident der neuen Föderation, Sir Godfrey Huggins, bisher Leiter der Regierung in Südrhodesien, hat wiederholt gesagt, er sei fest entschlossen, durch erleichterte Einwanderung das weiße Element so zu stärken, daß Britisch-Zentralafrika seine Rolle als „weißes Land im dunklen Kontinent“ zu spielen vermöge. Es ist undenkbar, daß diese Einwanderungspolitik in dem politisch aufgewühlten Afrika von heute unter der Firma der Partnerschaft von Weiß und Schwarz durchgeführt werden kann, zumal sie weittragende Eingriffe in das afrikanische Bodenrecht und einen bitteren Konkurrenzkampf von Weiß und Schwarz im Arbeits- und Berufsleben direkt provoziert.

Die Gründe für die Schaffung der Föderation

Erst im Hinblick auf die beabsichtigte Erleichterung der weißen Einwanderung erscheint der englische Plan vernünftig, in Zentralafrika durch die Zusammenfassung der Hilfsmittel dreier Länder einen militärischen Versammlungsraum und ein militärisches Ausstrahlungszentrum für Kriegsfälle zu schaffen. Denn das zu 97% farbige Zentralafrika von heute ist nicht der geeignete Versammlungsraum für die Streitkräfte einer europäischen Macht.

Militärische Gründe haben jedoch bei der Verwirklichung der Pläne, die schon seit 1939 erwogen wurden, nicht die Hauptrolle gespielt. Zur Schaffung der Föderation trieben eindeutig wirtschaftliche Gründe. Das zur Zeit noch reichlich unzugängliche Agrarland Nyassa — das die größten Tabakpflanzungen der Welt aufweist und auch Baumwolle, Tee, Sisal und Kaffee produziert — hätte ein natürliches Absatzgebiet in den industrialisierten Gebieten von Nordrhodesien und Südrhodesien. Seine derzeitige Wirtschaftslage ist prekär. Nordrhodesiens Export besteht zu mehr als 80% aus Kupferlieferungen. Aber die Abhängigkeit von einem einzigen Produkt bleibt eine gefährliche Basis für die Wirtschaft eines Landes. Die Möglichkeit, am inneren Markt einer großen Föderation beteiligt zu werden, bietet hier den gegebenen Ausgleich. Wenn die südrhodesische Kohle mit dem nordrhodesischen Kupfer verbunden wird und alle drei Gebiete ihre landwirtschaftlichen Produkte austauschen, erhält man ein stabiles Wirtschaftsgebilde, das auch zur Investition von ausländischem Kapital (besonders amerikanischem!) anlockt. Die Föderation wird auch imstande sein, das Land verkehrsmäßig zu erschließen und viele andere Aufgaben zu erfüllen, die über die Kräfte der einzelnen Partner gehen. Der größte Konstruktionsfehler der neuen politischen Gründung ist, daß sie keinen direkten Zugang zum Meer hat. Die wenigen Verkehrswege von Nord nach Süd werden am Ausgang von Südafrika kontrolliert. Man bemüht sich zur Zeit um den Ausbau der Querverbindungen nach Portugiesisch-Ostafrika, und die Gedanken kreisen um die Verbindung der Föderation mit einem ähnlichen in Britisch-Ostafrika zu schaffenden politischen Gebilde.

England hat auch noch einen gewichtigen politischen Grund, die Föderation zu schaffen. Südrhodesien, in dem

80% der Weißen wohnen, wurde von der Südafrikanischen Union umworben, aus der es durch Einwanderung von Buren dauernd Zuzug erhielt. Es hatte sich für die südafrikanische Politik der Trennung von Weiß und Schwarz entschieden und drohte die englische Rassenpolitik im übrigen Zentralafrika, wie sie vom Colonial Office geführt wurde, zu beunruhigen, zumal der bürische Einwanderungsstrom neuerdings auch nach Nordrhodesien geht. Der Einfluß Südrhodesiens in die neue Föderation zwingt dieses, seine Rassenpolitik auf das Ziel der Partnerschaft der Rassen abzustellen, mag auch die neue Verfassung den Bundesstaaten eine weitgehende kulturpolitische Autonomie geben. Da schließlich das Schicksal des Betschuanalandes, das Südafrika beansprucht, mit jenem Südrhodesien untrennbar verbunden erscheint, ist auch dieses Problem in britischem Sinne gelöst.

Die Haltung der Weißen

Die katholische Kirche, die unter den Weißen und Schwarzen Anhänger besitzt, hat aus Grundsatz zu den rein politischen Fragen der Föderation nicht Stellung genommen, obwohl der Afrikanische Kongreß, die einzige, von nationalistischen und kommunistischen Ideen genährte politische Organisation der Schwarzen in der Föderation, die Kirchen aufforderte, darum zu beten, daß der Zusammenschluß nicht zustande komme. Um so stärker ist sie an den sittlichen Fragen interessiert. Hier steht die Haltung der Schwarzen und Weißen zueinander im Mittelpunkt ihrer Sorgen. Um die Lage der Kirche, die in der Föderation fast 800 000 Anhänger und zur Zeit über 100 000 Taufbewerber aufweist, zu verstehen, wollen wir uns kurz über die Haltung der Weißen und der Schwarzen zur Schaffung der Föderation unterrichten.

Es ergab sich in der Vorbereitung des neuen politischen Gebildes die paradoxe Situation, daß die Weißen im Norden, die an Zahl schwach sind (in Nordrhodesien 2,3%, in Nyassa 0,12% der Gesamtbevölkerung) und die aus Erwägungen praktischer Vernunft eine Zusammenarbeit mit den Schwarzen suchten, beim Anschluß an Südrhodesien eine Störung durch die Segregationspolitik des Südens fürchteten. Die 174 000 Weißen Südrhodesiens aber verhehlten nicht die Sorge, der Anschluß an den Norden würde ihnen den „Goldcoastism“ des Kolonialamts bescheren, den sie als einen unklugen und übereilten Versuch einer Emanzipierung der Schwarzen ansehen. Allmählich aber kamen die Südrhodesier zu der Überzeugung, das beste Mittel, den „Goldcoastism“ zu verhüten, bestehe im Eintritt in die Föderation, wo sie durch ihr Übergewicht im Parlament den Gesamtkurs bestimmen könnten. Tatsächlich ist die übergroße Mehrheit der weißen Abgeordneten (insgesamt 29) aus Südrhodesien, während den drei Bundesstaaten nur je 2 afrikanische Vertreter zugebilligt sind.

Die Lage der Schwarzen ist im Norden erheblich günstiger als im Süden. Besonders in Nyassa kann ein Afrikaner ruhig bei der Farm des Weißen, dem er dient, siedeln. Es gibt dort kein Compoundsystem, und wenn man auch im Kupferdistrikt Nordrhodesiens dem Verlangen der Farbigen nach Zulassung zu den spezialisierten Berufen nur zögernd entgegenkommt, so hat man sich doch wenigstens auf den Grundsatz geeinigt: „Gleiche Leistung, gleicher Lohn.“ Gerade hat das Parlament von Nordrhodesien für alle Rassen gleiche Entwicklungsmöglichkeiten gefordert. Im Norden drängt man auch auf baldige Beteiligung von qualifizierten Schwarzen an der Verwaltung. Das Gegen-

argument des Südens, die Schwarzen müßten erst in den nächsten Generationen langsam zur Verantwortung erzogen werden, beantwortet der Norden mit der These, daß auch die Teilnahme an den öffentlichen Ämtern reif mache. Die englische Regierung hat die kulturpolitischen Spannungen zwischen den Weißen des Nordens und Südens vorläufig dadurch zu überbrücken versucht, daß die Verfassung alle Afrikanerfragen der Zuständigkeit der Bundesstaaten überläßt und einen aus Weißen und Afrikanern bestehenden Rat für Eingeborenenfragen mit Einspruchsrecht gegen diskriminierende Maßnahmen schuf. England behielt sich im übrigen vor, durch das Kolonialamt für Sicherung der Gerechtigkeit in den Rassenbeziehungen zu sorgen. Nur die höhere Bildung ist aus der kulturpolitischen Zuständigkeit der Gliedstaaten herausgenommen. Hier ist die Gründung einer interrassischen Universität in der Hauptstadt Südrhodesiens (Salisbury) Zeichen eines ernstesten Willens zur Überwindung der Rassenschranke und ein Element der Hoffnung für alle, die nur in der Zusammenarbeit zwischen Weiß und Schwarz die Zukunft Afrikas sehen.

Die Haltung der Schwarzen

Die große Mehrzahl der Afrikaner, von denen die wenigsten die Probleme der Föderation voll zu begreifen imstande waren, hatte einen panikartigen Schrecken vor der Föderation, die sie als ein weißes Komplott zu ihrer Unterdrückung ansah. Besonders fürchteten die Schwarzen im Norden, unter das System des Südens zu kommen. Es entbehrte dabei nicht der Komik, daß unter den Schwarzen des Südens die Föderation teilweise abgelehnt wurde, weil man fürchtete, auf den Kulturstand der weniger entwickelten Afrikaner im Norden zurückgeworfen zu werden. Während die Gewerkschaften der Schwarzen in der kritischen Zeit bewundernswerte Zurückhaltung zeigten, kam es zu erheblichen Störungen der öffentlichen Ordnung besonders im Nyassaland, zu deren Bekämpfung Truppen aus Britisch-Ostafrika zugezogen werden mußten.

Daß die Sorgen der Afrikaner nicht unbegründet sind, ist auch die Überzeugung der Missionare. Die neue Föderation ist zudem mit der kolonialen Hypothek belastet. Die Einwanderungspolitik betrachten die Afrikaner mit tiefer Sorge. Sie fürchten die Wegnahme eigenen Bodens und die Finanzknechtschaft des ausländischen Kapitals. Den Zusicherungen der neuen Verfassung trauen sie nicht. Sind nicht von den Weißen Südrhodesiens schon feierliche Akte zu Ungunsten der Afrikaner gebrochen worden? Wurden nicht die Rechte der Schwarzen bei Schaffung der Südafrikanischen Union seinerzeit durch das Parlament von Westminster garantiert und nachher durch die Regierungen des Dominion Südafrika dennoch mißachtet? Kann nicht im zukünftigen neuen Dominion Zentralafrika ähnliches passieren? Es ist ohne weiteres klar, daß die Föderation nur dann bestehen und sich entwickeln kann, wenn das Rassenproblem gelöst wird. Auch die Einwanderung muß scharf kontrolliert werden. Die Rassenfrage ist in letzter Instanz eine Gesinnungsfrage. Entscheidend ist für die Zukunft Britisch-Zentralafrikas das Verhältnis von Mensch zu Mensch. Gelingt der Versuch der Partnerschaft von Weiß und Schwarz, so wird auch die Mission sich entfalten können, gelingt der Versuch nicht, wird die Mission, die noch lange nicht ohne ausländische Hilfe sein kann, die antiweiße Stimmung in wachsendem Maße verspüren. Die neutrale Haltung der Kirche ist in

den unruhigen Zeiten vor der Gründung der Föderation von den besonnenen Afrikanern voll anerkannt worden. Bei den Unruhen wurden die katholischen Missionsposten nicht belästigt. Es braucht hier nicht ausgeführt zu werden, welche entscheidenden Werte das Christentum für die Beseitigung der Rassengegensätze in Zentralafrika einzubringen hat.

Innerkirchlicher Aspekt

In der Föderation leben 782 000 Katholiken (12% der Gesamtbevölkerung), und zwar 311 000 in Nordrhodesien (16% der Bewohner dieses Teilgebietes), 326 000 in Nyassa (13,7%) und 145 000 in Südrhodesien (6,6%). Der Zusammenschluß der drei Länder zwingt nun auch die Missionen British-Zentralafrikas zur Zusammenarbeit im Bereich neuer politischer Grenzen. Es werden hier zwei Missionsgruppen zusammengeführt, die sich unabhängig voneinander ausgebreitet haben. Die eine ging unter Führung englischer Jesuiten 1879 vom Sambesi aus und entfaltete sich in Südrhodesien und dem westlichen Teil Nordrhodesiens, die andere stieß unter Führung der Weißen Väter von Tanganyika aus zehn Jahre später (noch vor der englischen Besetzung des Gebietes!) nach Nyassaland und später zum östlichen Teil Nordrhodesiens vor. Die Strahlungsbereiche beider Gruppen sind geschieden durch die Einschnürung, die British-Zentralafrika im Norden durch den vorspringenden Teil von Belgisch-Kongo auf der einen und durch Nord-Mozambique auf der andern Seite erfährt. Nordrhodesien wird durch die Linie in zwei Teile zerlegt, von denen der eine das Industriegebiet (Kupfergürtel), der andere das Agrargebiet Nordrhodesiens darstellt.

Das Arbeitsfeld der Sambesimission wurde unter Aufteilung in heute neun Missionsprengel im Laufe der Zeit acht verschiedenen Missionsgesellschaften anvertraut. Eine dieser Gesellschaften sind die deutschen Missionare von Mariannahill, von denen 47 Priester im Apostolischen Vikariat Bulawayo arbeiten. In Südrhodesien wirken auch zahlreiche deutsche Missionsschwester (Dominikanerinnen) und neuerdings auch deutsche Englische Fräulein. Die südliche Missionsgruppe hat härter um ihre Ausbreitung kämpfen müssen als die nördliche. Die Sambesimission der Jesuiten forderte in der Gründungszeit viele Menschenleben (durch Seuchen, Entbehrungen usw.). Sie mußte in Gebieten arbeiten, die schon teilweise von den Protestanten besetzt waren. In ihrem Bereich liegen die beiden großen Industriegebiete. Auch mußte sie bis heute starke Kräfte an Schwestern für die Weißenschulen bereitstellen. Nimmt man dazu die Tatsache, daß die Sambesi-Gruppe infolge ihrer Aufgliederung in Arbeitsfeldern von so vielen Gesellschaften jener einheitlichen Methode und Stoßkraft entbehrte, die den Missionen der Weißen Väter im Norden eigen ist, so versteht man die geringen Missionserfolge.

Der Führer der ersten Stoßgruppe im Norden war der Weiße Vater P. Dupont. Unter Lebensgefahr gewann er das Vertrauen der Häuptlinge im Nyassaland. Der Stamm der Bambemba ernannte ihn sogar zu seinem Großhäuptling. Er übte dieses Amt weiter aus, als er zum Apostolischen Vikar ernannt wurde, gab es aber später an einen Einheimischen ab. Die Weißen Väter arbeiteten sich mit der bewundernswerten Systematik ihres Apostolats bis heute weiter vor und leiten sechs große Missionsgebiete, während sie den Südzipfel von Nyassa an Montfortanerpates (zwei Sprengel) abgaben. Im Nordgebiet sind 279

Priester, 36 Brüder und 159 Schwestern tätig. Man zählt dort 551 046 Katholiken. Im Süden sind 252 Priester, 81 Brüder und 560 Schwestern eingesetzt. Die Katholikenzahl erreicht hier noch nicht 250 000.

Bildungselite und einheimischer Klerus

Im Süden des Bundesgebietes, der im Schatten der Zuspitzung des südafrikanischen Rassenkonflikts steht, ist der einheimische Klerus sehr schwach entwickelt. Hier zählt man erst zehn schwarze Priester, und das einzige Regionalseminar hat nur 19 Alumnen. Obwohl der Norden kulturell rückständiger ist, weisen die Missionen dort schon 63 einheimische Priester auf, die neben den weißen Missionaren zu voller Zufriedenheit der Mission arbeiten. Auf der Grenze zwischen Nyassa und Nordrhodesien eröffneten die Weißen Väter im Vorjahr ein herrlich gelegenes Regionalseminar, das 135 Theologen Unterkunft bieten kann. In fünf Bauten gegliedert, bietet es Einzelzimmer für jeden Studenten. Die Professoren bilden mit den Theologen eine vollständige Lebensgemeinschaft. Die Anforderungen sind hoch. In drei Jahren werden nur noch Abiturienten zugelassen, die das höchste Bildungsdiplom, das Cambridge-Certificate, haben. Was dies bedeutet, wird erst ganz klar, wenn man bedenkt, daß erst ein paar Dutzend Afrikaner hier im Norden diesen Befähigungsausweis besitzen. Die Mission geht bei diesen hohen Anforderungen das Risiko ein, daß mancher junge Mann vor dem Priestertum abschwinkt, um bestbezahlte Stellen im Staatsdienst usw. anzunehmen, sie hat aber auch die Gewißheit, daß jene, die durchhalten, aus echter Berufung den Priesterberuf ergreifen. Nur 50% der zum Priesterseminar Zugelassenen erreichen das Ziel. Die Priesterbildung ist jener an europäischen Seminarien ebenbürtig. Die Seminaristen haben durchgehend ein hervorragendes Gedächtnis und eine große Begabung für Sprachen. Das abstrakte Denken fällt ihnen schwerer. Als Nebenfächer werden doziert: Pädagogik, Soziologie, Sprachen, Musik, Buchführung. Da die Rechnungsführung den aus der Tausch- und Naturalwirtschaft kommenden Alumnen sehr viel Schwierigkeiten macht, erhält jeder am Jahresanfang sein Budget zur eigenen Verwaltung. Er muß daraus Unterhalt, Kleidung, Lehrmittel usw. bestreiten. Alles Notwendige kann er gegen Gutscheine im Magazin des Seminars, das von Alumnen geführt wird, kaufen. Im ersten Jahr gibt es manchen Bankerott, dann ist die Schwierigkeit überwunden. Einzelne sparen sogar für besondere Liebhabereien. Die glückliche Entwicklung der Priesterbildung durch die Weißen Väter beleuchtet die Tatsache, daß aus ihren Seminarien in Zentralafrika nach kaum 50jähriger Apostolatsarbeit drei afrikanische Bischöfe und mehr als 600 Priester hervorgegangen sind. Man begreift unter diesen Umständen, wenn im Jahre 1953 ein Afrikaner im Gesetzgebenden Rat von Nordrhodesien erklärte, die Kirche sei in ihrem Mut, den Einheimischen Verantwortung zu geben, dem Staate vorausgeeilt. Auch die Bildung einheimischer Schwesterngenossenschaften, die für die Entwicklung des weiblichen Schulwesens in Zentralafrika größte Bedeutung haben, geht erfreulich voran. Man zählt in der Föderation schon 250 schwarze Schwestern. In Nordrhodesien wurden jüngst die ersten Schwestern nach zwanzigjähriger Prüfung bei zeitlichen Gelübden zu den ewigen Gelübden zugelassen. Die Mission zählt in ihren Volksschulen 174 000 Kinder und bereitet 910 auf die Universitätsstudien vor. Mit Freuden kann die Mission darauf hin-

weisen, daß einer von den sechs Vertretern der Afrikaner im Bundesparlament aus der Missionsschule hervorging und überzeugter Katholik ist, während die Leitung der schwarzen Arbeitergewerkschaft im „Ruhrgebiet“ Nordrhodesiens seit Jahren sich in den Händen eines hochbegabten afrikanischen Katholiken befindet. 21 Studenten wurden in Nordrhodesien in staatlich beauftragten Fernkursen von Missionaren auf die Ablegung der Universitätsexamina in Südafrika vorbereitet, da Südafrika neuerdings seine Hochschulen den Zentralafrikanern sperrt, aber Examina anerkennt, die von ihr autorisierte Prüfungskommissionen in Zentralafrika abnehmen. Für die Bildungsfähigkeit der Afrikaner ist das Urteil bezeichnend, das Dr. Alexander Scott, einer der hervorragendsten Ärzte Rhodesiens, jüngst bei Eröffnung einer höheren Schule für Krankenpflege in Lusaka (Nordrhodesien) abgab: „Ich spreche aus einer langen Erfahrung in medizinischen Dingen Nordrhodesiens. Vor einigen Jahren schon durfte ich den Mitgliedern der königlichen Kommission (Dalglish Kommission zur Vorbereitung der Verfassung) erklären, daß ich zahlreiche afrikanische Krankenpfleger aus dieser Kolonie kenne, die leicht hervorragende Ärzte werden und mit den englischen Ärzten in Wettbewerb treten könnten. Diese Überzeugung festigt sich bei mir von Tag zu Tag.“

Industrieproblem und Wanderungsfrage

Da die neue Föderation zwei große Industriegebiete hat, zu denen bei entsprechender Ausbeutung der reichen Bodenschätze Nyassas ein drittes treten könnte, ergibt sich hier wie überall unter entsprechenden Bedingungen in Afrika, daß die Jugend der Landbevölkerung in die Industriezentren strömt. Es entstehen die bekannten Probleme der Zerreißung der Familien, der Verödung des Landes, der Unmoral an den Arbeitsstätten. Besonders im Kupfergürtel ist das Problem aktuell. Aus Südrhodesien und selbst aus der Südafrikanischen Union strömen die Schwarzen zum Copperbelt. Es gibt im Norden Vikariate, wo alle erwachsenen Männer wenigstens einmal im Leben in den Minendistrikt ziehen und dort 5 bis 6 Jahre bleiben, um Geld zu verdienen, das Stadtleben und die Zivilisation zu erleben. Der Apostolische Vikar von Fort Jameson hat seine Katholiken im Gewissen verpflichtet, nicht länger als zwei Jahre ihre Familie zu verlassen. Im Bergbauggebiet hat man überall Kirchen errichtet, wo Franziskaner-Konventualen die Seelsorge ausüben. Die von den Briten seit zehn Jahren klug geförderte Afrikaner-Gewerkschaft hat bisher eine erstaunliche Reife und Maßhaltung gezeigt, obwohl sie von der Gewerkschaft der Weißen aus Konkurrenzgründen bekämpft wird. Aber schon faßt der Kommunismus Fuß. Douglas Hyde kündigte im Vorjahr an, daß in diesem Jahr im Kupfergürtel in großer Zahl afrikanische Propagandisten erscheinen werden, die zum Teil in Moskau ausgebildet wurden. Die sechs Apostolischen Vikare von Nordrhodesien haben nun beschlossen, das Laieninstitut des Opus Dei in Spanien, das sich stark entwickelt hat, zu Hilfe zu rufen. Dieses Werk soll ein Zentrum technischer und apostolischer Bildung schaffen, wo katholische Laien am Missionswerk, an der Verchristlichung der Atmosphäre und der Schaffung eines afrikanischen katholischen Laienapostolats wirken. Es dürfte dies der erste Fall in der neuesten Missionsgeschichte sein, wo die Bischöfe eines ganzen Gebietes zur Lösung des Problems der Industriezivilisation an ein modernes Laieninstitut appellieren. Die

Idee marschiert, daß diese Laieninstitute in der Zivilisationskrise Afrikas eine Aufgabe haben, die auch durch noch so eifrige Missionspriester und -schwestern nicht übernommen werden kann.

Ökumenische Nachrichten

Die VELKD Seit einem Jahrhundert ist es „der auf dem Weg zur sehnstüchtigen Traum“ der deutschen „Lutherischen Kirche“ Lutheraner, wie Landesbischof D. Hans Meiser auf der 6. Sitzung der Generalsynode der VELKD in Braunschweig (9.—15. Oktober 1954) sagte, aus den ursprünglichen Kräften der lutherischen Reformation gegen alle Zeitströmungen der Aufklärung, des deutschen Idealismus und des theologischen Liberalismus eine geeinte Lutherische Kirche Deutschlands zu sammeln. Wenn man diese Geschichte überblickt, die im Sommer 1933 ein wenig durch den Traum einer „Nationalkirche“ von der Etsch bis an den Belt angefochten wurde, so muß man die Zähigkeit bewundern, mit der die in einzelnen Landeskirchen zerstreuten Theologen und Kirchenmänner des Luthertums gegen Theologen und Kirchenmänner in ihren eigenen Reihen diese respektable Aufgabe unentwegt gefördert haben, zuletzt im Zusammenschluß von zehn lutherischen Landeskirchen zur „Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands“, der die Landeskirchen von Oldenburg und Württemberg gastweise zugehören. Seitdem wurden im Rahmen des größeren Bundes der EKD — nach lutherischem Verständnis ist die „Evangelische Kirche in Deutschland“ nur ein Bund und keine „Kirche“ — wesentliche Schritte getan, um die kirchliche Einheit des deutschen Luthertums zu festigen, ohne damit eine „gesetzliche Gleichförmigkeit“ oder schablonenhafte Gleichschaltung zu erstreben.

Das geschah weniger auf dem heiklen Gebiet der Lehre, wo es durchaus keine lutherische Einigkeit gibt. Wir erinnern uns noch der tastenden Versuche der 4. Sitzung der Generalsynode in Flensburg (1952), in der Frage der „Entmythologisierung des Neuen Testaments“ eine lehramtliche Entscheidung anzuregen, die bis heute ausgeblieben ist (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 409), während das lutherische Lehramt immer nur funktioniert, wenn es gegen den Papst oder die katholische Marienlehre geht. Sondern es geschah auf dem Gebiete der „Ordnungen des kirchlichen Lebens“ und der Liturgie. Hier hatte man in Flensburg und auf der 5. Sitzung der Generalsynode in Berlin (1953) eine Ordnung der Taufe, der Konfirmation, der Einzelbeichte, des Abendmahls, des Begräbnisses sowie schließlich der Eheschließung und Trauung verabschiedet (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 404), dazu das Lektionar der Episteln und Evangelien für die Sonn- und Festtage des Kirchenjahres, über das wir bisher noch nicht berichtet hatten und das einen Teil der noch fehlenden Agende, das heißt der eigentlichen Ordnung der Gottesdienste, darstellt.

Kein „römisches Muster“

Die 6. Sitzung der Generalsynode hat nun dieses Werk durch die Annahme der Ordnung IX. Vom Amt, X. Vom Dienst der Glieder der Gemeinde, XI. Vom Übertritt, von den Folgen des Austritts und von der Wiederaufnahme in die Kirche, und XII. Von der Zucht in der Gemeinde, vor allem aber mit dem 1. Band der Agende zu einem gewissen Abschluß gebracht. Man kann es den